

Anhang III zu:

DIE GRÜNEN - Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?

Ein Beitrag:

- zum zwanzigjährigen Jubiläum der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen,
- zur zehnjährigen Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN
 - zum 140jährigen Jubiläum der SPD,
- zur Agenda 2010 der rot-grünen Regierungskoalition.

Tristan Abromeit / Mai 2003

Inhalt	Seite
Plädoyer für die Abschaffung des Monopole der Berufsarbeit und der Berufsausbildung Allseitige Betätigung als pädagogisches Leitkonzept der postindustriellen Gesellschaft von Reinhard F r a n z k e	2
<u>Abschnitt / Auszug aus:</u>	
DER DRITTE WEG - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) - ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung - erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März <u>1980</u> in Saarbrücken	
<u>3.3.4 Soziales Netz</u>	9
<u>3.4.2 Bildung</u>	11
THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK vorlegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN vom 24. - 26. Feb.1984 in Göttingen vom liberal-sozialen Arbeitskreis DRITTER WEG ...	14
Zeitungsbericht zum Kongreß	17
Vom Modell Arbeiten und Lernen zum Modell Trainieren und Starten 9/84	18
Neue Berufsqualifikationen für die Zukunft Anmerkungen zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 29. 11. bis 1. 12. 1985	24
Dringlichkeitsantrag gemäß § 8 (5) der Satzung des Bundesverbandes der G R Ü N E N Große Untersuchung (Hearing) nach der Bundestagswahl zur Situation der Arbeit	26
THESEN ZUR EUROPA- UND DEUTSCHLAND-POLITIK DER G R Ü N E N	27
Alternativen 10/ 1983	30
Frieden schaffen! Aber wie? 19/83	34
Mitglieder-Antrag ... Bundesversammlung .. Arbeitslosigkeit 4 / 85	36
Politische Begründung .. Mitglieder-Antrages zum Thema ARBEITSLOSIGKEIT	37
ZUM ERNST DER LAGE - Politiker-Befragung zur Arbeitslosigkeit	39
P E T I T I O N an den DEUTSCHEN BUNDESTAG	44 - 46

Hochschultage

29. 9. - 2.10.

Berufliche Bildung '82

Beiträge der Workshops Arbeit und Beruf

INHALT

Ditmar Brock / Hans-Rolf Vetter:
Technologische Umbrüche, Verdrängung der Facharbeit und biographische Erosionsprozesse

Carmen Tatschmurat / Ute Hoffmann:
Von allen schlechten Arbeitsformen ist Beruf noch die beste

Reinhard Franzke:
Plädoyer für die Abschaffung des Monopols der Berufsarbeit und der Berufsausbildung

Gerhard Fischer:
Pädagogische Theorie und industrielle Moderne

Wolfgang Manz:
Arbeit, Erziehung, Bildung

Hier die Abschrift des Beitrages von

Reinhard F r a n z k e
Universität Hannover
Seminar für Berufspädagogik

Plädoyer für die Abschaffung des Monopole der Berufsarbeit und der Berufsausbildung Allseitige Betätigung als pädagogisches Leitkonzept der postindustriellen Gesellschaft

Trotz einer nahezu hundertjährigen Diskussion über die Krise des Berufes ist der Berufsbegriff auch heute noch der Grund- und Schlüsselbegriff der Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Doch im Gegensatz zu früheren Diskussionen geht es heute nicht um die Krise des Handwerksberufes, sondern um die Krise der modernen Industriebetriebe, um die Krise der Facharbeiterberufe.

Entsprechend dem herrschenden berufs- und wirtschaftspädagogischen Paradigma ist Berufs-

bildung Bildung für und durch den Beruf. Der Beruf gilt als Medium und Bezugspunkt der Bildung, zumindest für den Bereich der nichtakademischen Bildung.

Der Beruf ist zum Dogma einer Disziplin erstarrt. Die fundamentalen Grundfragen der Berufs- und Wirtschaftspädagogik, die Frage nach der bildenden Potenz der modernen Berufe sowie die Frage nach der optimalen Organisation gesellschaftlicher Arbeit im Hinblick auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die Bewältigung fundamentaler Lebensprobleme werden allenfalls am Rande diskutiert.

Angesichts der sich abzeichnenden Auflösung der Facharbeiterberufe und der wachsenden Bedeutung des Mobilitätskonzeptes haben Crusins und Wilke im Jahre 1979 erstmals ein „Plädoyer für den Beruf“ vorgelegt, ich möchte dem ein Plädoyer für die Abschaffung des Monopols der Berufsarbeit und der Berufsausbildung entgegenstellen. Ein Plädoyer erscheint mir insofern angebracht, als es sich um die Frage eines Paradigmenwechsels einer wissenschaftlichen Disziplin handelt.

Bereits in den 50er Jahren hatte die Berufs- und Wirtschaftspädagogik, die Frage nach der Angemessenheit des Berufskonzeptes und des traditionellen, d.h. des handwerklich orientierten Berufsbegriffs thematisiert. Zum einen wurde der Berufsbegriff dynamisiert, zum anderen wurde jede betriebliche Tätigkeit zum Beruf verklärt, (vgl. Abel, Blättner, Zabeck). Außerdem wurde zunehmend für die Förderung der beruflichen Mobilität plädiert. Es hat den Anschein als hätte das Mobilitätskonzept das Berufskonzept verdrängt, zumindest grundlegend modifiziert.

Soweit heute die Berufs- und Wirtschaftspädagogik Arbeit und Beruf, als ihren Gegenstand überhaupt noch in den Blick bekommt, ist sie in der Regel einseitig an den herrschenden Formen der Industrie- und Berufsarbeit fixiert.

Damit stellt sich die Frage, ob und inwieweit das Berufskonzept nach wie vor das zentrale Leitkonzept der Berufs- und Wirtschaftspädagogik ist bzw. sein kann, ob und inwieweit das Berufskonzept, das der Industriegesellschaft oder sogar das der postindustriellen Gesellschaft angemessene pädagogische Konzept ist. Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, ob und inwieweit die dem Berufskonzept zugrundeliegenden Annahmen, die Annahmen von der bildenden Potenz der Berufe sowie die Annahme, die berufliche, sei die optimale Organisation gesellschaftlicher Arbeit, auch heute noch Gültigkeit beanspruchen können.

Berufe galten in der Pädagogik nicht immer als Medium und letzter Bezugspunkt der menschlichen Bildung und Persönlichkeitsentwicklung.

Das Bürgertum betrachtete den Beruf vielfach als Fessel der individuellen Entwicklung und Betätigung; die Vertreter der neuhumanistischen Bildungstheorie hielten Bildung und Beruf, d.h. den Anspruch des Menschen auf allseitige Entwicklung menschlicher Potenzen und die spezialisierte Berufsarbeit, für unvereinbar, und selbst für Vertreter der sog. Klassischen Bildung war der Beruf nie das letzte Ziel der Menschenbildung, sondern lediglich Medium und Durchgangsstadium auf dem Weg zur höheren Allgemeinbildung.

Außerdem ist die berufliche Organisation der Arbeit ein Produkt gesellschaftlicher Arbeitsteilung, denn Berufe gab es nicht immer. In sog. Primitiven Gesellschaften beherrscht im Prinzip jeder einzelne die wichtigsten überlebensrelevanten Tätigkeiten und Fähigkeiten. Die ursprünglichen Organisationsprinzipien gesellschaftlicher Arbeit waren die allsseitige Betätigung des Menschen und die autonome Verfügungsgewalt lokaler Lebensgemeinschaften über

den gesamten Lebens- und Arbeitsprozeß.

Demgegenüber ist Berufsarbeit heute Arbeit außer Haus, bezahlte Arbeit für anonyme Andere, ökonomisch unselbständige und fremdbestimmte Lohnarbeit. Und sie ist relativ komplexe und autonome Teilarbeit, d. h. Sie verlangt autonome Strukturierungsleistungen und komplexe Qualifikationen, die individuelle Verfügungsgewalt über komplexen Teilprozeß. Insofern sind Berufe standardisierte und komplexe Muster des Arbeitsvermögens und der Arbeitsteilung. Außerdem dient Berufsarbeit der Sicherung des Lebensunterhalts, der Existenz und Einkommenssicherung.

Schießlich, impliziert Berufsarbeit ein Tätigkeits- und Qualifizierungsmonopol, d.h. Berufsarbeit nimmt den größten Teil der Tageszeit in Anspruch, sie fesselt den einzelnen zumindest vorübergehend an einen engen Tätigkeitsbereich, und sie schließt aufgrund des Qualifikationsmonopols die sogenannten Laien in der Regel von entsprechenden Tätigkeiten aus.

Zur Beurteilung der Frage, ob und inwieweit das berufliche System der Arbeit die optimale Form gesellschaftlich organisierter Arbeit darstellt, sollen hier die wichtigsten Argumente zur Problematik des industrialistisch geprägten Systems gesellschaftlicher Arbeit vom Standpunkt der Politischen Ökologie zusammengefaßt werden:

Danach tendiert das Industriesystem zur Zerstörung

- o der landwirtschaftlich nutzbaren Ressourcen der Erde und damit der Nahrungsbasis der Menschheit,
- o der endlichen und nicht-regenerierbaren Rohstoff- und Energievorräte unseres Planeten,
- o der Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts und damit zur Zerstörung der Lebensbedingungen der menschlichen Gattung,
- o zur Zerstörung kleiner, dezentraler Einheiten in Produktion, Handel und Verwaltung, im Bildungs- und Gesundheitssystem,
- o der auf handwerklicher Basis ruhenden Technik sowie der
- o - vielfach kostenlosen - natürlichen sowie der individuell-menschlichen Produktivkräfte, zur Zerstörung der individuellen Verantwortlichkeit und des Interesses an Inhalt und Zweck, an den Voraussetzungen und Folgen der Arbeit sowie am Gebrauchswert und Nutzen der Arbeitsprodukte, sowie darüber hinaus tendiert das Industriesystem zur Zerstörung
- o der letzten Reste der Subsistenz- und Hauswirtschaft oder primären Ökonomie, d.h. der autonomen Produktion von Gebrauchswerten für den Eigenbedarf und damit der letzten Reste der autonomen Lebensbewältigung und Problemlösung, der Reste von Eigenarbeit, Selbsthilfe und Selbstversorgung.

Ferner tendiert es zur Zerstörung

- o der Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten im System gesellschaftlicher Warenproduktion sowie zur Zerstörung
- o der natürlichen, d.h. der familialen und nachbarschaftlichen sozialen Systeme und Netze, der

auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit basierenden Hilfe und Selbsthilfe solidarischer Lebensgemeinschaften.

Schließlich und endlich tendiert das Industriesystem zur Zerstörung

- o der Reste relativ komplexer und autonomer Arbeit in der sekundären Ökonomie; zur Zerstörung der persönlichen, personengebundenen Qualifikationen und damit der modernen Berufe im Sinne komplexer Muster der Arbeitsteilung und des Arbeitsvermögens.

Immer häufiger erweisen sich Berufe als bloße Etiketten und Worthülsen für relativ einfache und anspruchslose Tätigkeiten. Die Entfaltung der Persönlichkeit, die Bildung des Menschen durch den Beruf ist vielfach bloße Ideologie. Moderne Arbeit, sei es in der Produktion, im Büro, der Verwaltung, vermittelt kaum noch eine berufliche oder soziale Identität. Die „lebenslängliche Annexion eines ganzen Menschen an eine Detailoperation“ - so Marx - erweist sich heute als Fessel der individuellen und gesellschaftlichen Entwicklung: kurz: Die berufliche Organisation der Arbeit ist kontraproduktiv.

Die hier skizzierten Probleme des industriellen und bürokratischen Systems gesellschaftlich organisierter Arbeit können weder durch die „Industrie“ noch durch den „Staat“ oder gar den „Markt“ gelöst werden.

Auch die Entwicklung eines „ökologischen Bewußtseins in der Arbeit“, wie dies die Kasseler Gruppe fordert, ist allenfalls eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung.

Erforderlich erscheint vielmehr eine grundsätzliche Reorganisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit. Eine an ökologischen Prinzipien orientierte Ökonomie auf der Grundlage des Konzeptes der Dualwirtschaft.

Erforderlich erscheint danach

einerseits die radikale Einschränkung und Begrenzung der sekundären Ökonomie, d.h. der Warenproduktion und des Industriesystems, eine Einschränkung der industriellen Produktionsweise und der Großtechnik sowie eine Begrenzung des bürokratischen Wohlfahrtsstaates; andererseits die Erhaltung, Wiederbelebung und Förderung der primären Ökonomie, d.h. eine Modernisierung der Subsistenz- und Hauswirtschaft- oder Kreislauf- und Gleichgewichtswirtschaft.

Die wichtigsten Prinzipien dieser Ökonomie sind:

1. die Dezentralisierung, d.h. die Bildung kleiner, lokaler Einheiten in Produktion, Handel und Verwaltung, im Bildungs- und Gesundheitssystem,
2. die Erhaltung, Wiederbelebung und Förderung einer sanften Technik, d.h. einer umwelt- und menschenfreundlichen, ressourcensparenden und individuell verfügbaren Technik,
3. die Erhaltung, Wiederbelebung und Förderung der natürlichen und der individuell-menschlichen Produktivkräfte,
4. die funktionelle und lokale Integration von Produktion, und Konsumtion, von Wohnen, Arbeiten, Lernen, Einkauf und Erholung,

und schließlich

5. die sukzessive Substitution

- o der institutionellen durch die autonome Problemlösung und Lebensbewältigung,
- o der marktvermittelten Fremdversorgung durch die Selbstversorgung,
- o der bürokratischen und sozialstaatlichen Dienstleistungen durch die Hilfe und Selbsthilfe solidarischer Lebensgemeinschaften,
- o der heteronomen Produktion von Waren für den nationalen und internationalen Markt durch die autonome Produktion von Gebrauchswerten für den Eigenbedarf,
- o der zentralisierten Massenproduktion durch die dezentrale Produktion der Massen,

und schließlich und letztendlich

- o die sukzessive Substitution der Lohnarbeit durch Eigenarbeit, der spezialisierten Berufsarbeit durch die allseitige Betätigung des Menschen in lokalen Gemeinden.

Das der so definierten postindustriellen Gesellschaft angemessene pädagogische Leitkonzept ist weder das Berufs- noch das Mobilitätskonzept, sondern das Konzept der allseitigen Betätigung des Menschen in lokalen Gemeinden oder Kommunen als den - so Bahro - „territorialen Einheiten, die diesen Lebensprozeß in seiner Allseitigkeit umfassen.“

Ziel der Reorganisation gesellschaftlicher Arbeit ist die möglichst autonome Bewältigung der fundamentalen Lebensprobleme in lokalen Gemeinden, die Erweiterung der autonomen Verfügungsgewalt lokaler Lebensgemeinschaften über den Lebens- und Arbeitsprozeß.

Die wichtigsten Schritte zur Realisierung dieses

Konzeptes sind

1. die radikale Verkürzung der Arbeitszeit in der sekundären Ökonomie,
2. die Wiedergewinnung der Zeit- und Ortssouveränität, d.h. der freien Verfügung über die Wahl der Arbeitszeit und des Arbeitsortes,
3. die Rückverlagerung der Arbeit in Haus und Gemeinde und
4. die Bildung lokaler Lebens-, Produktions- und Selbsthilfegemeinschaften.

Zu denken ist an das Ökotoxia-, das Habitat-; das Kommune- und an das Kibbuz-Konzept, an das Lucas-Konzept einer gesellschaftlich nützlichen Produktion sowie an die Prinzipien ökologischer Stadtgestaltung.

Dennoch geht es nicht um die radikale Abschaffung der Berufe, wenngleich auf destruktive, manipulative und bloß kompensatorische Berufe durchaus verzichtet werden kann. Vielfach können wir jedoch auf die in Berufen verdichteten komplexen Qualifikationen nicht verzichten.

Doch gesellschaftlicher Fortschritt bemisst sich in der Regel nicht an der Steigerung. Sondern an der Senkung der Beschäftigtenzahlen in spezifischen Berufen. Das heißt, wir brauchen nicht mehr Ärzte, Krankenschwestern, Lehrer, Busfahrer, Sozialarbeiter und Psychologen, sondern weniger. Es geht z.B. einer Gesellschaft nicht umso besser je mehr Ärzte sie hat. sondern je weniger Ärzte sie braucht.

Soweit Berufe als unverzichtbare Voraussetzung für die optimale Aufgabenbewältigung gelten, empfiehlt sich eine grundsätzliche Neudefinition der Berufe mit dem Ziel der Erhaltung, Wiedergewinnung und Schaffung komplexer Arbeitstätigkeiten und Tätigkeitsbereiche. Dabei sollte sich die Konstruktion der Berufe nicht an sog. Berufsfeldern verwandter Berufe, sondern an der Bewältigung gesellschaftlicher Grundbedürfnisse, -probleme und -funktionen orientieren, wie z.B.

- o Ernährung und Landwirtschaft,
- o Rohstoff- und Energiegewinnung und -Verwertung,
- o Bauen und Wohnen,
- o Wärme und Energie,
- o Bekleidung und Textil,
- o Sicherheit und Rechtspflege,
- o Kommunikation und Medien,
- o Erziehung und Ausbildung,
- o Gesundheit und Sozialhilfe.

Die Konstruktion derart ganzheitlich orientierter Berufe würde die Funktionen der Forschung, der Planung und Leitung sowie der Ausführung und Kontrolle ebenso umfassen müssen wie die kritische Reflexion des individuellen und gesellschaftlichen Nutzens der Arbeitsprodukte und Dienstleistungen, der natürlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, sowie der sozialen und ökologischen Folgen der Produktion.

Vor diesem Hintergrund erscheint mir das von Spranger in Jahre 1950 vorgelegte Modell der (drei) Urberufe - des Landmanns, des Händlers und des Handwerkers - zukunftsweisender als das Konzept der Berufsfelder.

Im Hinblick auf die Organisation der Berufs-Vorbereitung verweise ich auf das von Wolfgang Lempert bei den letzten Hochschultagen vorgestellte Konzept.

Ein Plädoyer für die Abschaffung des Monopols der Berufsarbeit ist somit nicht identisch mit der Forderung nach einer Abschaffung der Berufe.

Es geht vielmehr um die Einschränkung der Berufsarbeit im Sinne einer Fesselung der Lebens-tätigkeit an einen engen Tätigkeitsbereich, um die Dialektik der Verberuflichung der Arbeitsorganisation und der Entberuflichung des Arbeitslebens.

Spezialisierte Berufsarbeit wird nicht abgeschafft, sie wird zum Moment der allseitigen Betätigung des Menschen. Insofern wäre die so definierte postindustrielle Gesellschaft keine berufslose Gesellschaft, obwohl die wenigsten „einen Beruf“ haben würden.

Was folgt daraus für die Vorbereitung auf Arbeit und Leben ?

Dem Konzept der allseitigen Betätigung des Menschen in lokalen Gemeinden entspricht das Konzept der allseitigen Befähigung, der Vermittlung lebenspraktischer, subsistenzorientierter

oder autonomer Qualifikationen und Eigenfähigkeiten; der Abschaffung des Monopols der Warenproduktion und der Berufsarbeit entspricht die Abschaffung des Monopols der beruflichen oder berufsspezifischen Qualifikationen und der Berufsausbildung.

An die Stelle der Entmonopolisierung; beruflicher Qualifikationen tritt ein Prozeß der Entprofessionalisierung und Laisierung, ein Prozeß der Verallgemeinerung der beruflichen Qualifikationen, der sukzessiven Substitution beruflicher durch subsistenzorientierte Qualifikationen.

Eine derartige lebenspraktische Grundbildung aller würde landwirtschaftliche und ernährungswissenschaftliche, ökologische und medizinische, energietechnische, rohstoff- und abfallwirtschaftliche industrielle und handwerkliche Grundqualifikationen umfassen müssen.

Angesichts der fortschreitenden Zerstörung von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsmöglichkeiten in der sekundären Ökonomie und der abnehmenden Bedeutung der beruflichen Qualifikation für die Arbeitstätigkeit und die Sicherung der Beschäftigungschancen würde eine lebenspraktische Grundbildung nicht nur die Abhängigkeit vom System der Warenproduktion und vom institutionalisierten Arbeitsmarkt lockern, sondern auch die subjektiven Voraussetzungen für Eigenarbeit, Selbsthilfe und Selbstversorgung im Rahmen einer modernisierten Subsistenz- und Kreislaufwirtschaft verbessern helfen.

Vor diesem Hintergrund sind berufliche Qualifikationen Qualifikationen für das System der institutionalisierten Warenproduktion, für das System einer Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und einer Bewältigung menschlicher Lebensprobleme in Form von Lohnarbeit und Konsum. Das Monopol der beruflichen Qualifikation und Berufsausbildung sichert das radikale Monopol der Warenproduktion, des institutionalisierten Arbeitsmarktes und der Berufsarbeit; es verhindert die Aneignung lebenspraktischer, subsistenzorientierter Qualifikationen und Eigenfähigkeiten, und damit die Fähigkeiten zur autonomen Bewältigung fundamentaler Lebensprobleme, zur Eigenarbeit, Selbsthilfe und Selbstversorgung.

Die wichtigsten Prinzipien des von mir zur Diskussion vorgeschlagenen pädagogischen Leitkonzeptes sind:

- o die radikale Einschränkung des institutionalisierten oder verschulten Lernens in Schule und Berufsausbildung sowie die Wiederbelebung und Förderung autonomen Lernens,
- o die drastische Verkürzung der für die Schule aufzuwendenden Zeit,
- o die Integration des Lernens in den unmittelbaren Lebens- und Arbeitszusammenhang lokaler Gemeinden.

Das heißt, weder die Schule noch die Betriebe, sondern die zu bildenden lokalen Gemeinden sind der zentrale Lernort der postindustriellen Gesellschaft.

Denn - so Bahro - „in der Organisationsform der Kommune lassen sich alle Seiten des Reproduktionsprozesses auf das Ziel einer reichen Individualität hin integrieren“.

Damit deutet sich nunmehr eine materialistische Lösung des Konfliktes zwischen Bildung und Beruf an: Der bildungstheoretische Anspruch auf allseitige Entfaltung des Menschen läßt sich weder durch eine ideologische Verklärung des Berufs noch durch berufliche Mobilität, weder durch eine lebensfremde Allgemeinbildung noch allein durch eine kritisch-reflexive Integration von Allgemein- und Berufsbildung aufheben, sondern letztlich nur durch die Schaffung einer

gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, wie sie Marx in der Deutschen Ideologie als Utopie vorschwebte, einer Gesellschaft „wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in einen beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies und morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden“.

- - - XXXXXXXXXXXXXXX - - -

Abschnitt / Auszug aus:

DER DRITTE WEG - Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)

- ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken

von TRISTAN ABROMEIT

Hrsg. ARBEITSKREIS DRITTER WEG NWO, 3221 Eberholzen

3.3.4 Soziales Netz

3.3.4.1 Probleme

Unser soziales Netz ist sicherlich mit den besten Absichten in mehreren Generationen mit jeweils unterschiedlichen Vorstellungen vom Menschen, der Arbeitswelt und der Gesellschaft entstanden. Es soll auch gar nicht bestritten werden, daß es seine Sicherheitsfunktion teilweise erfüllt hat. Wir sind jedoch an einem Punkt der sozialen Entwicklung angekommen, wo wir die Position des Schiffes "Soziales Netz" überprüfen müssen, um feststellen zu können, ob wir noch auf dem richtigen Wege sind. Folgende Probleme hat uns unser soziales Netz beschert:

a) Das Netz als Ganzes ist ein System der gegenseitigen Ausbeutung und der politischen Manipulation geworden.

Die Vorstellung, der Mensch verhalte sich in Groß-Kollektivsystemen solidarisch, ist ein Trugschluß. Je höhere Kosten das soziale Netz verursacht, desto mehr Mitglieder haben das Gefühl, daß sie sich ihren Anteil zurückholen müßten. Die Bescheidenen sind die Dummen. Von politischer Manipulation muß hier gesprochen werden, weil der Staat über die Steuern hinaus in die Einkommen und Vermögen der Bürger mit dem Ziel der Wählermanipulation und der Wirkung der Freiheitsbeschränkung eingreift.

b) Das Krankenversicherungssystem in der Form der Vollkaskoversicherung hat das Gesundheitswesen zu einer Krankheitsindustrie verkommen lassen.

c) Die Arbeitslosenversicherung, die nur aufgrund unseres wirtschaftlichen Krisensystems in dem Umfang erforderlich ist, enthält soviel Ungerechtigkeiten, daß hier die Bezeichnung "Sozialversicherung" mit beiden Begriffsbestandteilen fehl am Platz ist.

d) Das soziale Netz teilt willkürlich die arbeitenden Menschen in die Klassen der Arbeiter, der Angestellten, Beamten, Selbständigen auf und vernebelt die Tatsache, daß die Klassenbildung dadurch entsteht, daß es neben dem Arbeitseinkommen noch Kapitaleinkommen gibt.

e) Das soziale Netz ist für eine geschlossene Gesellschaft gestrickt, in der die Bürger ein Leben lang ausharren. Der Auswanderer hat es schwer, Leistungsansprüche entsprechend seinem Einsatz mitzunehmen. Das Problem der Gastarbeiter war bei der Entwicklung der Sozialversicherungen noch nicht sichtbar.

3.3.4.2 Lösungen

Bei der Neugestaltung des sozialen Netzes ist zu berücksichtigen:

a) Solidarität ist nicht durch den Zwang der Kollektivversicherungen zu erreichen. Der Mißbrauch des sozialen Netzes ist durch eine ökonomische Belohnung des Wohlverhaltens und eine ökonomische Bestrafung des Fehlverhaltens im Sinne gesundheits- und sozialpolitischer Zielsetzungen zu vermindern.

b) Der grundgesetzliche Anspruch auf Freiheit und auf Selbstverwirklichung, auch auf Entwicklung von Alternativen muß sich auch im sozialen Netz manifestieren, offenbaren. Das heißt konkret, daß es keine Zwangsversicherungen in diesem Bereich geben darf.

c) Wenn es weiterhin staatliche Versicherungen gibt, dann dürfen diese gegenüber privatrechtlich organisierten Versicherungen nicht privilegiert sein.

d) Die Leistungen der Versicherungen dürfen nicht an die Nationalität innerhalb von Staatsgrenzen gebunden sein. Das bedeutet dann aber auch, daß Defizite einer Versicherung nicht einfach mit Steuermitteln ausgeglichen werden können.

- Für die Krankenversicherung bedeutet das:

a) die Chancengleichheit für die unterschiedlichen Träger

b) die individuelle degressive Beteiligung an den Kosten

c) die Bestätigung der quantitativen Leistung in der Kostenrechnung durch den Versicherten.

- Für die Arbeitslosenversicherung bedeutet das (zumal nach dem hier vorgestellten Gesamtkonzept die Arbeitslosigkeit nur noch eine zeitweilige Randerscheinung für Einzelne sein wird):

a) daß die Bundesanstalt für Arbeit sowohl für die Versicherung wie für die Arbeitsvermittlung das Monopol verliert,

b) daß unterschiedliche Risiken mit unterschiedlichen Prämien versichert werden können,

c) daß berufliche Bildungsinvestitionen (die besonders von den Cleveren in Anspruch genommen werden) nicht einfach zu Lasten anderer vorgenommen werden können,

d) daß Handwerker und Kleinunternehmer (die ja auch arbeitslos werden können durch Konkurs oder Liquidation) ebenfalls Zugang zu dieser Versicherung erhalten,

e) daß der Moralingeruch durch klare Definition der Rechte und Pflichten vertrieben wird,

f) daß Leistungen, die nach Ausschöpfung der Versicherungsansprüche erforderlich sind, nach den Sozialhilfegesetzen geregelt werden.

- Für die Altersversorgung bedeutet das (zumal bei Anwendung der Natürlichen Wirtschaftsordnung die Arbeitseinkommen zu Lasten der Kapitaleinkommen steigen und die Gemeinschaftskosten durch Überwindung der Krisen sinken):

a) daß jeder seine Altersversorgung individuell gestalten kann,

b) daß der Staat nicht mehr in die Vermögensmassen der Versicherungsgemeinschaften eingreifen darf und

c) inflationäre Entwertungen, die nur durch das Staatsorgan Bundesbank verursacht werden können, zu erstatten sind.

- Sozialhilfe: In der Natürlichen Wirtschaftsordnung ist der Wohlstand so groß, daß auch jene noch mit Mitteln für eine Existenzsicherung ausgestattet werden können, deren Leistungen aus dem individuell verantworteten und gestrickten Sozialen Netz erschöpft sind. Wichtig ist dabei:

a) daß auch hier der Moralingeruch und die Macht der Bürokraten durch klare Spielregeln überwunden wird,

b) daß die Regreßansprüche gegen den Leistungsempfänger und seine Verwandten eingeschränkt werden,

c) daß die Leistungen nicht so hoch sind, daß der Anreiz für eine selbstverantwortete Versorgung verloren geht und

d) daß Leistungen an Arbeitslose, deren Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung erloschen sind, nicht ohne Gegenleistungen gewährt werden (Einsatz dieser Arbeitslosen für Gemeinschaftsaufgaben, die sonst nicht erledigt würden).

- Nächstenliebe (freiwillige Hilfe durch Personen und Organisationen): Geben ist seliger als Nehmen. Kein Sozialsystem kann so perfekt sein, daß es nicht erforderlich wäre, Lücken zu füllen durch spontane oder organisierte Nächstenliebe oder Solidarität. Auch ist das freie Geben eine Möglichkeit der Selbstverwirklichung durch die soziale Gestaltung. Der Mensch verliert einen Teil seiner Würde, wenn er durch räuberische Steuersätze und durch Aufrechterhaltung des Ausbeutungssystems seiner sozialgestaltenden Fähigkeit des Schenkens beraubt wird.

Karitative Organisationen verlieren ihren Sinn, wenn sie ihre Tätigkeit aus Zuweisungen des Staates und der Versicherungsträger finanzieren. Die Folgerung: Wenn die Schenkungsmöglichkeiten des arbeitenden Menschen so eingeschränkt sind wie heute, dann hat ein Dritter Weg sein Ziel verfehlt.

...

3.4.2 Bildung

3.4.2.1 Schulen/Universitäten

Um die Voraussetzungen eines freien Schulwesens skizzenhaft zu beschreiben, wird hier auf ein Arbeitspapier zurückgegriffen, das für FDP-Mitglieder formuliert wurde, aber in der FDP nicht diskutiert werden konnte. Die Grundlagen:

- a) Jede Teilnahme an Bildungsprozessen wird durch den Entschluß des Teilnehmers ausgelöst. Die Dauer und Art der Teilnahme wird durch privatrechtliche Verträge geregelt. Mit anderen Worten: Der Staat hebt die Schulpflicht auf und verzichtet darauf, die Voraussetzungen von Bildungsgängen zu bestimmen.
- b) Der Staat verzichtet darauf. Lernziele und Lehrmethoden zu bestimmen.
- c) Die Schulen erhalten ihre volle Autonomie. Ihr Rechtsträger ist jeweils eine Gesellschaft oder Stiftung des privaten Rechts.
- d) Die Lehrenden erhalten nicht mehr den Beamtenstatus, sondern die Stellung des freien Mitarbeiters, des Angestellten oder Gesellschafters des Schulträgers.
- e) Die Schulen (Universitäten etc.) als Institutionen werden durch den Staat nicht subventioniert. Sie müssen über den Preis für ihre Dienstleistungen ihre Kosten decken.
- f) Eltern bzw. Ersatzeltern erhalten bis zur Durchsetzung einer gerechten marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung für ihre Kinder vom Staat Bildungsguthaben eingeräumt, die entsprechend dem Bildungsgang zum Teil an die Bildungsstätten überwiesen werden und zum anderen Teil als Unterhaltskostenbeitrag abgerufen werden können.

Bei der Festlegung der Höhe des Bildungsguthabens durch den Gesetzgeber wird nicht nach der Verschiedenartigkeit der Bildungsgänge differenziert. Die Finanzierung der Bildung aus öffentlichen Mitteln ist zeitlich bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres begrenzt. Nicht abgerufenes Bildungsguthaben wird im 19. Lebensjahr an den Begünstigten (Schüler, Lehrling oder Studenten) ausgezahlt.

Bildungsgänge nach Vollendung des 18. Lebensjahres müssen privat finanziert werden. Der Staat übernimmt für Bildungsdarlehn der Kreditinstitute oder privater Kreditgeber die Ausfallbürgschaft.

3.4.2.2 Berufsausbildung

In einer befreiten Bildungslandschaft gibt es eine Fülle von Berufsbildungsmöglichkeiten. Um eine Möglichkeit zu beschreiben, die den Grünen praktische Politik außerhalb der Parlamente ermöglicht, wird hier nochmals auf das o. a. FDP-Papier zurückgegriffen:

Das Modell hat den Arbeitstitel "Institut zur Vermittlung beruflicher Fertigkeiten " (IVF). Rechtsträger des IVF ist eine eingetragene Genossenschaft, ein eingetragener Verein oder eine gemeinnützige GmbH. Mitglieder oder Gesellschafter des Rechtsträgers werden:

1. die hauptamtlichen Ausbilder (Handwerksmeister, Ingenieure, Kaufleute, Hochschulabsolventen),
2. Eltern von Auszubildenden,
3. Betriebsinhaber, die nebenamtliche Funktionen in der IVF übernehmen oder die an Prak

tikanten der IVF interessiert sind,

4. Verbände und sonstige Förderer.

Es versteht sich von selbst, daß die Mitgliedschaft freiwillig ist. Die Hauptlast der beruflichen Ausbildung trägt in diesem Modell das IVF. Ergänzt wird die Ausbildung durch Praktika in den Betrieben. Diese Praktika haben Ernstcharakter, d. h. die Praktikanten werden nicht durch den ganzen Betrieb geschleust, sondern sie sollen in dieser Zeit lernen, sich an einem bestimmten Platz zu behaupten. Das IVF arbeitet nach dem Baukastenprinzip. Das Baukastenprinzip heißt in der berufspädagogischen Sprache Stufenausbildung und ist nicht neu. In diesem Modell ist die Stufenausbildung problemlos anwendbar, in der herkömmlichen Ausbildung nicht

Das 1. Jahr im IVF ist ein Orientierungsangebot. Der Auszubildende macht Bekanntschaft mit einer breiten Palette beruflicher Fertigkeiten. Der Durchgang durch das Orientierungsjahr ermöglicht eine bessere Wahl der folgenden Ausbildungsgänge in der IVF oder einer anderen Institution (z. B. Universität). Der Jugendliche, der schlicht Geld verdienen will oder dessen Begabungen für eine weitere Ausbildung nicht reichen, wird durch das Orientierungsjahr in die Lage versetzt, sich als Hilfsarbeiter besser verkaufen zu können. Das 2. Jahr bringt für die im IVF verbleibenden Jugendlichen eine Grobwahl des weiteren Bildungsganges (z. B. Holz-, Keramik-, Eisenverarbeitung oder kaufmännischer Bereich) und schließt ab mit dem Facharbeiterbrief.

Im 3. Jahr werden Wissen und Fertigkeiten vermittelt, die zu einer vorläufigen angestrebten Berufsausübung befähigen und die Regelausbildung mit dem Gehilfenbrief abschließen. Ein angehängtes 4. Jahr ermöglicht eine größere Vertiefung des Wissens und eine weitere Spezialisierung.

Die Praktika dehnen sich von einem Monat im ersten Jahr bis zu vier Monaten im 4. Jahr aus. Inhaltlich wenden sie sich vom Allgemeinen zum Speziellen. Die Angebotsbreite des Baukastensystems einer IVF-Einheit in den einzelnen Spezialisierungsstufen hängt jeweils von der Größe des IVF ab. Die Ferien sind so bemessen, daß die Zeit für einen freiwilligen Ferienjob oder einer Studentfahrt von 4 Wochen neben der Erholung reicht. Die breite Grundausbildung macht die Absolventen im Arbeitseinsatz flexibler, und erforderliche Umschulungen werden erleichtert. Alle IVF-Einheiten bilden eine Arbeitsgemeinschaft zum Erfahrungsaustausch und zur Ausbilderfortbildung.

3.4.2.3 Erwachsenenbildung

Soweit die allgemeine und politische Erwachsenenbildung subventioniert wird, müssen - um den chancengleichen Wettbewerb zu ermöglichen - die Personen und nicht die Institutionen subventioniert werden. Dies ist möglich durch den Abzug einer bestimmten Summe von der Steuerschuld bei Vorlage einer entsprechenden Quittung. Die Anerkennung der Quittung ist nicht von Bildungsinhalten abhängig zu machen.

THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses

der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen

vom liberal-sozialen Arbeitskreis DRITTER WEG

formuliert

von

Tristan Abromeit

*Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und
der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung.*

Friedrich Schiller

(in: „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“

zitiert aus:

„Bürger für die Gesetze“,

von Friedrich Salzmann

Verlagsgenossenschaft *Freies Volk Bern*, 1949)

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes.

Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2) nicht wahren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art. 5) bleibt auf der Strecke, und der Schutz der Familie (Art. 6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann. Nur im Bereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht.

Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d. h. letztlich, daß der

Staat weder die Bildungsinhalte noch die Formen der Bildungsvermittlung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungssystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen. Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z.B. durch Bildungsguthaben)¹ zu finanzieren. Für alle Bildungsanbieter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten müssen und als Institution auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt dann der Wettbewerb.

4. These

Da Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, einem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Voraussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

5. These

1 Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:

1. die Personen und nicht Institutionen subventioniert (Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);
2. die Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabenkonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;
3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch Eltern / Schüler finanzierbar macht (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber dem jetzigen System nicht größer.);
4. die die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z.B. bis zur Vollendung des 18. o. 21. Lebensjahres.);
5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf z.B. 80 oder 90% der (z.B. 10 teuersten Bildungsgänge) zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förder-Altersgrenze (z.B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt.

Die erfolgreiche individuelle (oder gruppenmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Verlauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonomischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei Wahrung ökologischer Belange erreicht werden.²

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich die langfristigen Ziele zu beschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierungslos bleibt.

7. These

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einer privatrechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kinder weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen.

Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber dem (der) beamteten Lehrer(in) nicht länger finanziell benachteiligt werden.

Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell neue Bildungsfinanzierung eingeführt wurde - für die Schüler freier Schulen die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler staatlicher Schulen.

2 Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat zu beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viel Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei den Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslosenunterstützung) gespart, und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

Schulkongreß der Grünen lehnt altes System ab

bl. Göttingen

„Reißt die alten Schulen nieder!“ Auf diese Formulierung brachten die Teilnehmer des 1. Bildungskongresses der Landtagsfraktion der Grünen und der Arbeitsgemeinschaft Schule im Landesverband der Grünen ihre Ablehnung des derzeitigen Schulsystems. Rund 150 Hochschuldozenten, Lehrer, Pädagogen und Schüler waren zu dem Kongreß in der Göttinger Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule gekommen. Nach Angaben ihres Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Helmut Neddermeyer, befürworten die Grünen jede „Initiative für eine Besserung der untragbaren Zustände“ an Regelschulen.

Für die Frustration, die Lehrer und Schüler bei ihrer täglichen Arbeit empfinden, müßten endlich Auswege gefunden werden. Die Grünen denken dabei an Aufhebung des 45-Minuten-Takts der Unterrichtsstunden, an fächerübergreifendes Lernen und die verstärkte Einführung von Projekten in den schulischen Alltag.

Den Grünen gehe es nicht darum, die Regelschule abzuschaffen, sagte Neddermeyer, sondern sie wollen ein Konkurrenzmodell zwischen staatlichen und freien Schulen bei völliger Gleichberechtigung einrichten. Eltern sollen künftig ihre Kinder in Schulen ihrer Wahl schicken können.

Bildungssystem soll weiter ausgebaut werden

Bonn (dpa)

Schule, Studium und Weiterbildung werden in den nächsten Jahren nach Auffassung aller Parteien im Bundestag für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik einen noch größeren Stellenwert erhalten. Eine Neuaufgabe gesamtstaatlicher Bildungsplanung oder die Einsetzung eines neuen Bildungsrates, wie von SPD und Grünen gefordert, lehnen die Koalitionsfraktionen jedoch ab. Dies wurde am Freitag bei der ersten Aussprache im Bundestag über den Enquete-Bericht „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“ deutlich.

Trotz meist unterschiedlicher Voten in dem rund 600 Seiten umfassenden Enquete-Bericht lägen bei vielen inhaltlichen Fragen Regierung- und Oppositionsparteien gar nicht weit auseinander, betonte der Vorsitzende der Kommission, der SPD-Parlamentarier Eckhard Kuhlwein. So habe die Union endlich Abschied genommen von der These, daß in den vergangenen 20 Jahren zu viele junge Menschen in Schulen und Hochschulen ausgebildet worden seien. Der Bericht betont die Notwendigkeit der Frauenförderung im Bildungssystem zur Herstellung von mehr Gleichberechtigung.

HAZ 27.12.90

HAZ 27.2.1984

hrzeuge wieder.

HAZ 17.9. dpa 86

Schulpflicht gilt auch für Kind von Lehrern

Karlsruhe (rtr)

Die allgemeine Schulpflicht gilt nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ohne Ausnahme für alle Kinder. Das Gericht verwarf mit diesem am Dienstag in Karlsruhe veröffentlichten Beschluß die Verfassungsbeschwerde eines Lehrerehepaares, das sich geweigert hatte, seinen sechsjährigen Sohn zur Grundschule anzumelden (Az.: 1 BvR 794/86).

Die Eltern hatten sich darauf berufen, sie respektierten den Willen ihres Sohnes, der nicht zur Schule gehen wolle. In der allgemeinen Schulpflicht sahen sie eine Verletzung ihrer Gewissensfreiheit und ihres Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Dagegen stellten die Verfassungsrichter fest, das Grundgesetz verpflichte Eltern und Schule zur Erfüllung eines gemeinsamen Erziehungsauftrages. Die allgemeine Schulpflicht stelle daher keinen unzulässigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte von Eltern und Kind dar. Im übrigen könne von einer „freien Entscheidung gegen den Schulbesuch“ bei einem sechsjährigen Kind keine Rede sein. Die Eltern hätten vielmehr ihre eigenen pädagogischen Vorstellungen durchsetzen wollen. Deshalb wurde dem Ehepaar eine „Mißbrauchsgebühr“ von 400 Mark vom Gericht auferlegt.

1 „Denkzettel“ für Leute, die sich von berufswegen oder „nur“ aus politischer Verantwortung mit den Themen ARBEITSLOSIGKEIT und BERUFSAUSBILDUNG befassen.

1.1 Kann man heutzutage überhaupt noch etwas zur Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit junger und auch älterer Menschen schreiben oder lesen, ohne Gefahr zu laufen, in Depressionen zu verfallen oder der Versuchung zu widerstehen mit Gewaltmitteln Problemlösungen zu fördern?

1.2 Die Problemlösungsdiskussion ist nicht rational, sie entspricht nicht einer aufgeklärten Gesellschaft, sie ist geprägt vom Machterhaltungs- oder Expansionstrieb der wirtschaftlichen und politischen Verbände und von Irritationen der Individuen und Massen. Trotz vielfältigem ehrlichem Einsatz von Einzelmitgliedern wirken Parteien und Gewerkschaften verlogen. Es ist nicht mehr unwahrscheinlich, daß in künftigen Geschichtsbüchern steht: „Die Bonner Republik ist zugrunde gegangen, weil ...“

1.3 Es ist nur äußerst schwierig zu erkennen, ob die Zementierung unserer gesellschaftlichen Problemlage aufgrund von gezielter Desinformation, intellektueller Verirrung oder politischer Handlungsohnmacht zustande gekommen ist. Auf keinem Fall können wir den lieben Gott oder die Natur für die steigende Armut und die Hoffnungslosigkeit verantwortlich machen. Demütigungen und Ohnmachtsgefühle der Menschen können sich in Triebenergie für eine neue Diktatur umwandeln.

1.4 Trotz allseitiger Bekenntnisse zur Marktwirtschaft werden bei uns in der BRD tatsächlich keine marktwirtschaftlich orientierten Lösungsansätze für die Probleme ARBEITSLOSIGKEIT und LEHRSTELLENKNAPPHEIT ausprobiert. Das Berufsbildungsproblem wird ohne ordnungspolitischen Ansatz angegangen. Gesundheitsbetriebe und willkürlicher staatlicher Interventionismus können nicht mit den Attributen zweckrational, freiheitlich oder sozial ausgezeichnet werden. Die Anlehnung der regierenden CDU/CSU und der FDP an die von Friedman begründete Chicagoer Schule ist kein Weg, der zur Marktwirtschaft hin, sondern einer, der zum Kapitalismus zurück führt. Von der SPD, die zum Marxismus nicht zurück kann und die Pleite mit dem Keynesianismus noch nicht verdaut hat, ist wirtschaftspolitisch auch nicht viel zu erwarten. Da bei den GRÜNEN eine Ökonomiediskussion durch Verleumdungen und Verdrehungen blockiert, aber nicht geführt wird (Kampfabstimmungen um Programmaussagen sind kein

Gegenbeweis), ist die Farbe grün als Symbolfarbe für Hoffnung noch eine Fehlanzeige.

Der einzig konsequent marktwirtschaftliche Lösungsansatz, den die von Gesell begründete Freiwirtschaftsschule anbietet, ist politisch noch nicht gefragt. Dieser Lösungsansatz vermag ohne dirigistische Eingriffe und ohne neue Staatsverschuldung das Problem Arbeitslosigkeit kurzfristig dadurch zu lösen, daß er die Nachfrageblockierungen auflöst. Dies ist nun keine frohe Botschaft, denn diese Erkenntnisse liegen bereits seit der Jahrhundertwende vor, sind auch zum Großteil Bestandteil heutiger theoretischer und praktischer Ökonomie, konnten sich in ihrer Konsequenz trotz ihrer Logik bisher nicht gegen irrationale Politik durchsetzen.

2 „Merkzettel“ für Leute, die mit den Maßnahmen „Arbeiten und Lernen“ der Bundesanstalt für Arbeit zu tun haben.

2.1 Die Programme, die unter dem Begriff „Arbeiten und Lernen“ von den Arbeitsämtern finanziert und, von verschiedenen Trägern durchgeführt, jetzt angelaufen sind, dürften wesentlich von meiner Schrift „Die Freie Berufsbildungs-Assoziation“ inspiriert worden sein. Die Schrift ist im Sept. 1982 erschienen. Aber bereits im Frühjahr 82 ist der fotokopierte Text an alle wesentlichen Institutionen, die sich mit Berufsbildung und Jugendarbeitslosigkeit befassen, versandt worden. Ein Arbeitsamtsleiter hat sich sogar für die Anregungen bedankt. Auf die Idee, daß in einer (angeblichen) Leistungsgesellschaft eigentlich ein Honorar, wenigstens ein Kostenbeitrag für Porto und Kopien zu zahlen wäre, ist keiner gekommen.

2.2 Die o.a. Schrift ist ein Plädoyer für mehr Freiheit, Wettbewerb, Selbstbestimmung im Bereich der Berufsbildung und ein Aufzeigen von Arbeitschancen für einen bestimmten Personenkreis durch eine freie Berufsbildung. Angenommen an Anregung hat man die heute im pädagogischen Bereich zum Allgemeingut gehörende Erkenntnis, daß das Parken von arbeitslosen Jugendlichen in rein schulischen Maßnahmen wenig motivationsfördernd ist. Daß nun in verschiedenen Formen eine Kombination von arbeiten und lernen ausprobiert wird, ist gut. Schlecht an der Sache ist, daß die eingesetzten Geldmittel nicht gleichzeitig genutzt werden, um Grundsteine für künftige freie Berufsbildungsstätten zu schaffen. Da wird immer getönt, daß Innovationen gefördert werden sollen und dort, wo eine Förderung möglich wäre, wird sie sabotiert z.B. durch die Forderung: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nur mit anerkannten Einrichtungen (ein Begriff aus der Erwachsenenbildungsfinanzierung) durchzuführen. Dies kommt dem Aufruf gleich. Neugründungen von gewerblichen Unternehmen zu blockieren. Vor Jahren wurde der Markt für Erwachsenenbildung z.B. in Niedersachsen durch das Zusammenwirken von Parteien und Verbänden der Volkshochschulen durch das Erwachsenenbildungsförderungsgesetz kartellisiert. Im Zusammenspiel von Arbeitsämtern und Vertretern der etablierten Maßnahmeträger (häufig angelehnt an Kirchen und Gewerkschaften) findet ebenfalls in dem kleinen, aber zunehmenden Bereich der nichtkonventionellen Berufsbildung (außerhalb des sogenannten dualen Systems) eine Aufteilung des Marktes mit der Wirkung statt, Neugründungen unmöglich zu machen.

Wichtig ist, daß die Arbeitsämter :

a) statistisches Material über die Kosten der verschiedenen Bildungsmaßnahmen an Interessenten rausrücken, damit sich evtl. neue Mitbewerber kostenmäßig orientieren können,

b) Musterverträge für das Verhältnis zwischen den Arbeitsämtern und den Maßnahmeträgern veröffentlichen,

c) die Maßnahmen öffentlich ausschreiben, damit potentielle Mitbewerber überhaupt etwas von dem Vorhaben erfahren und mögliche Kungelei verhindert wird (Auch sollte auf eine Chancengleichheit zwischen subventionierten Anbietern - z.B. Volkshochschulen - und jenen Anbietern, die einen kostendeckenden Preis erzielen müssen, geachtet werden.),

d) der Gefahr, daß die wenigen dort entstehenden Arbeitsplätze unter der Hand an befreundete oder der Vermittlung genehme Arbeitslose vergeben werden, vorbeugen.

2.3 Trotz aller Kritik: Daß die bereits laufenden Maßnahmen „Arbeiten und Lernen“ gut angenommen werden, und daß weitere geplant sind, ist erfreulich. Jugendliche und andere Arbeitslose haben dabei sicher das Gefühl, daß es weitergeht. Das lähmende Gefühl der Hoffnungslosigkeit schwindet - wenigstens für eine Zeit lang. Um Enttäuschungen zu vermeiden muß vor der Annahme, diese Maßnahmen hätten einen Einfluß auf die Konjunktur, und die Vermittlungschancen der Maßnahmeteilnehmer würde sich wesentlich verbessern, gewarnt werden. Einkommen und Nachfrage werden nur unwesentlich berührt. Die Teilnehmer haben nur dann eine Chance auf einen Arbeitsplatz, wenn sie einen anderen Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt raus- und in die Arbeitslosigkeit hineindrängen können.

3 „Spickzettel“ für Leute, die sich mit der Arbeit am Detail vor Sackgassen wie Resignation, Drogen etc. bewahren wollen, also für Leute, die das Programm „Trainieren und Starten“ entwickeln, fördern oder probieren möchten.

3.1 Etwas überspitzt formuliert, wird in dem Programm „Arbeiten und Lernen“ die Vermittlungsfähigkeit der Teilnehmer trainiert für Arbeitsplätze, die es nicht gibt. Sinnvoller wäre doch bei gegebener Lage ein Training von Arbeitslosen mit dem Ziel, sie zu befähigen, sich selber Arbeitsplätze durch Unternehmensgründungen schaffen zu können. Sofern mit den (nach der Gründung) zu erbringenden Dienstleistungen oder zu produzierenden Gütern vorhandene aber inaktive Nachfrage reaktiviert werden kann, wäre eine solche Maßnahme ein echter Beitrag zur Konjunkturbelebung.

3.2 Unternehmensgründungen von Arbeitslosen oder anderen ehemaligen Arbeitnehmern, Hochschulabgängern oder -abbrechern sind noch zu vereinzelt (auch wenn sie in der Summe einige 10.000 ausmachen mögen) als daß sie eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes bewirken könnten. Die Gründungen haben häufig einen konventionell oder alternativ exotischen Charakter. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn jemand eine kleine Dienstleistungslücke entdeckt und diese als Einmannunternehmen schließt oder wenn andere versuchen, mit irgend einer Alternativgründung über die Runden zu kommen und dabei meist ungewollt ein Therapeutikum gegen gesellschaftliche Erstarrung produzieren. Nur, wenn viele Leute diese Lückenchancen, die häufig sowieso nur zum Preis der „Selbstausbeutung“ zu haben sind, nutzen würden, dann wären diese Chancen nur noch zertretene Blümenträume.

3.3. Warum nehmen eigentlich nicht mehr Arbeitslose ihr Erwerbschicksal selbst in die Hände und gründen eine Unternehmung, als Einzelunternehmung, als Genossenschaft oder als GmbH mit dem ausschließlichen Ziel der Gewinnmaximierung oder auch mit Nebenzielen wie z.B. „Selbstverwaltung“?

Die objektiv schwerste Hürde ist wohl die daniederliegende Konjunktur (die nicht technisch, sondern ökonomisch bedingt ist) mit ihren Unsicherheiten. Die subjektiv schwerste Hürde ist wohl der Wechsel von der ungeliebten Arbeitnehmerrolle in die ideologisch belastete Unternehmerrolle. Dazwischen liegen Hemmnisse wie: das komplizierte Steuersystem - z.T. werden

Steuern fällig bevor überhaupt ein Ertrag vorhanden ist -; das Sozialversicherungssystem, das als kostenträchtig und verwaltungsaufwendig empfunden wird - es sollte so umgestaltet werden, daß es nicht von der Erwerbsform abhängig ist und auch nicht das Verhältnis Arbeitnehmer-Arbeitgeber belastet -; Zwangsmitgliedschaften in den Kammern - die wider dem Geist unserer Verfassung sind -; Meisterbriefe - die durchaus einen Sinn haben, nur nicht dem Schutz der Käufer dienen und in der Verwendung als Schlüssel zum Markt wettbewerbsfeindlich sind -; das mangelnde Selbstwertbewußtsein, das in der Ausbildung und am Arbeitsplatz mehr ab- als aufgebaut und durch Arbeitslosigkeit weiter reduziert wird; aber auch die Verpflichtungserklärung nach § 46 des Arbeitsförderungsgesetzes, nach der Umschüler(innen) sich verpflichten müssen innerhalb von 4 Jahren nach Abschluß der Maßnahme mindestens 5 Jahre lang eine arbeitslosenversicherungsbeitragspflichtige Arbeit auszuführen - die Regelung weicht vom sonst üblichen Versicherungsrecht ab, kann höchsten mit Interessen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden begründet werden und gibt im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation besonders dann keinen Sinn, wenn die Arbeitsämter keine Stellen vermitteln können -.

Schwere Hemmnisse liegen aber auch im Bereich der Finanzierung, der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und der Entwicklung einer Produktpalette, die Chancen hat, vom Markt angenommen zu werden. Letztlich wird dann immer gelten: „Der Spatz der Arbeitslosenhilfe in der Hand ist mir lieber als die Taube in Form eines höheren aber Ungewissen Unternehmerlohnes auf dem Dach.“ Es ist auch unmittelbar einleuchtend, daß nach einer längeren Zeit der Arbeitslosenhilfe - die häufig nur mit der Notwehr „Schwarzarbeit“ überstanden werden kann - keine Entwicklungsarbeit für eine Unternehmensgründung ohne Lohn geleistet werden kann.

Als letzte Schwierigkeiten sollen hier folgende angeführt werden: Für eine Unternehmensgründung durch Arbeitslose können selbstverständlich nicht einfach die Arbeitslosen mit der Stammmnummer 50000 bis 50020 zusammengeführt werden. Es gilt ja, daß Leute mit ähnlichen Zielsetzungen und sich ergänzenden Fähigkeiten zusammenfinden. Die Arbeitsämter verbinden bisher doch keine Leute durch Vermittlung, die den Willen haben ihr Glück als Unternehmer zu versuchen. Anzeigen, die über eine Kleinanzeige in regionalen Zeitungen hinaus gehen, sind in der Regel von Arbeitslosen nicht finanzierbar. Verteiler für spezielle Informationsblätter, die den Arbeitslosen durch Mitgliedschaft in Gewerkschaften oder Parteien eigentlich zur Verfügung stehen, sind entweder blockiert oder mit hohen Streuverlusten verbunden. Der Verfasser hat z.B. im November 1982 ein „Einladung zur Unternehmensgründung“ in einer Auflage von rund 2000 Exemplaren über Delegiertenkonferenzen der GRÜNEN im Umlauf gebracht. Der Erfolg war fast Null. Die wenigen Leute, die sich für das Projekt interessierten, wollten eine Lehrstelle oder hatten keine müde Mark zum Investieren und waren vom ersten Tag an auf eine Lohnzahlung angewiesen.

Um Existenzgründungen zu erleichtern gibt es auch offizielle, amtliche Existenzgründungsprogramme. Diese Programme haben nur den Schönheitsfehler, daß sie i. d. R. für den Arbeitslosen als potentieller Existenzgründer - wie dem Fuchs die Trauben - zu hoch hängen. Schon der Antragsweg über eine normale Geschäftsbank garantiert den Mißerfolg. Große Hoffnungen auf die geplanten Ökobanken können m.E. auch nicht gesetzt werden, einmal weil die Gründung der Genossenschaftsbanken durch Auflagen, die der Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe widersprechen - z.B. die Auflage, daß 6 Millionen Gründungskapital vorhanden sein müssen

(Raiffeisen und Schultze-Delitzsch wälzen sich unruhig in ihren Gräbern) - verhindert oder verzögert wird und zum anderen, weil die Gefahr besteht, daß Kreditantragsteller nun wegen der fehlenden richtigen Gesinnung nicht kreditwürdig sind.

3.4 Gibt es im Rahmen der betrüblichen Gegebenheiten noch Spielräume für positive Ansätze? Ja! Denn erstens sind noch nicht alle gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten gesetzlich verbarrikadiert und zweitens hocken in den Ämtern nicht nur Bürokraten, sondern auch Menschen mit Seelen, denen danach düstet, jedenfalls hin und wieder etwas sinnvolles bewirken zu können.

Im Programm „Trainieren und Starten“ steht „trainieren“ für: Gruppen bilden, Fähigkeiten testen und erweitern, Produkte entwickeln und Verfahren ausprobieren. Und starten heißt hier: Die Trainingsgruppe beginnt (zum Teil oder alle Mitglieder in der Doppelrolle Arbeitnehmer-Unternehmer) die Geschäftstätigkeit mit einem in der Endphase des Trainingsprogramms gegründeten Unternehmen.

3.5 Nachfolgend eine knappe Beschreibung der Stufen des Programmes, das Variationen ermöglicht und daher kein Dogma ist.

3.5.1 Die Arbeitsämter laden statt zu den üblichen Motivationslehrgängen überregional, öffentlich und aufgrund der Kenntnisse ihrer Vermittler bzw. Arbeitsberater Arbeitslose ein, bei denen zu erwarten ist, daß sie Fähigkeiten und Ideen für Unternehmensgründungen haben, aber bisher an den o.a. Umständen gescheitert sind. In diesen Seminaren werden die Schwierigkeiten aber auch die Chancen von Unternehmensgründungen als Arbeitsplatzbeschaffungen intensiv behandelt. Als Referenten werden u.a. freiberufliche Unternehmensberater eingeladen. Wer nach all dem unvermeidlichen Wenn und Aber noch Mut hat, bekommt die Chance die bezahlte Rolle des Unternehmensgründungstrainer zu übernehmen.

3.5.2 Die Trainer im Modell „Trainieren und Starten“ haben eine ähnliche Rolle wie jene im Programm „Arbeiten und Lernen“, sie sollten aus einsichtigen Gründen eher besser als schlechter bezahlt werden. Die Trainer werden mit einem Zeitvertrag bei einem Maßnahmeträger angestellt. Sie sollten als Dreier- oder Fünfergruppe arbeiten, je nach Größe der Trainingsgruppe. Sie müssen, wenn sie erfolgreich sein wollen und sollen a) bereit sein, in der Phase „starten“ die Doppelrolle als Unternehmer-Arbeitnehmer zu übernehmen und sie müssen b) die Autonomie der Programmgestaltung erhalten.

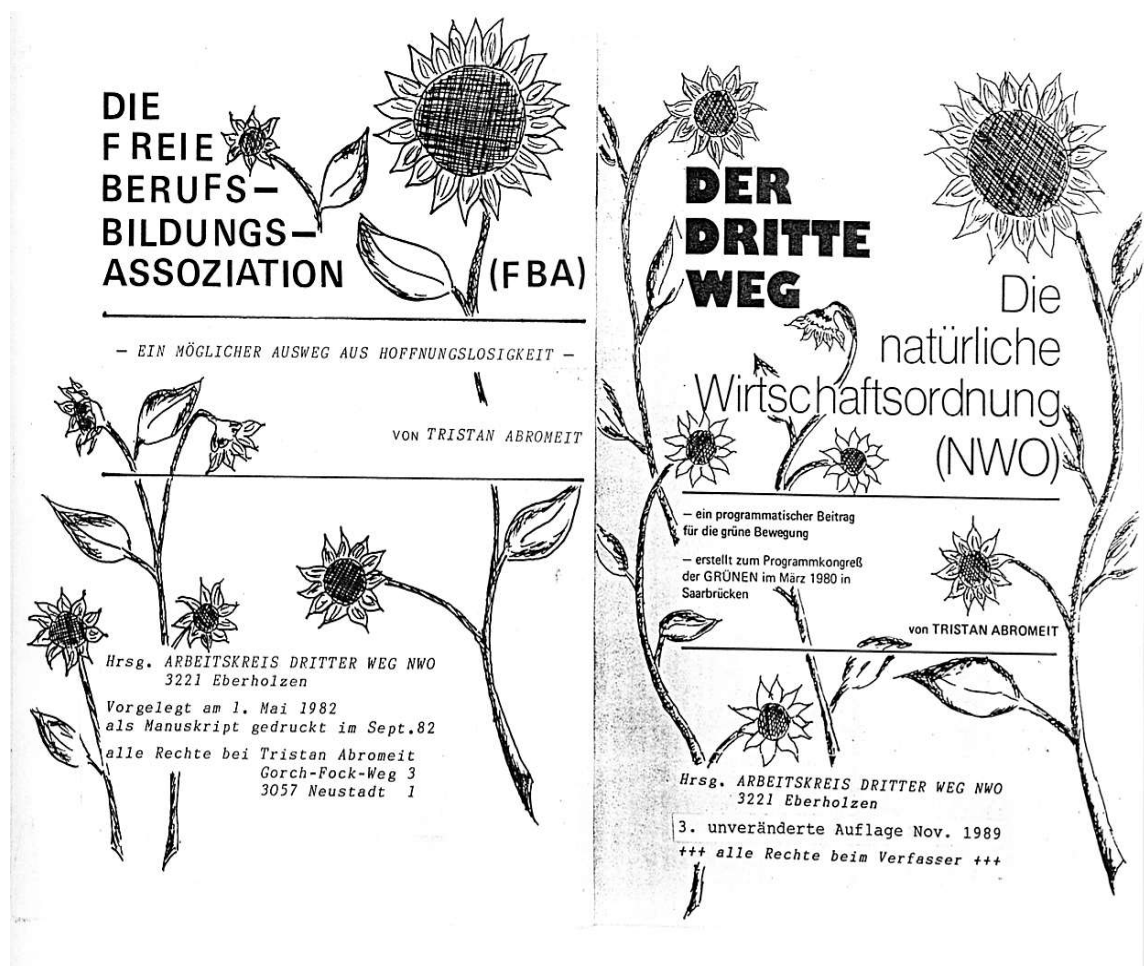
3.5.3 Die übrigen Teilnehmer der Trainingsgruppe erhalten wie üblich Unterhaltsgeld. Die Gruppenbildung findet wie folgt statt: Die Trainer erarbeiten eine Projektbeschreibung (Trainingsinhalte und mögliche Unternehmensgründungsziele), die noch offen ist für eine bestimmte Bandbreite von Ideen, die von Gruppenmitgliedern eingebracht werden.

Diese Projektbeschreibungen werden durch die Arbeitsämter den Arbeitslosen überregional bekannt gemacht. Arbeitslose unterschiedlichen Geschlechts und Alters mit unterschiedlichen Fähigkeiten bewerben sich dann projekt- und personenbezogen bei der Trainergruppe. Gegen Ende der Trainingsphase müssen sie sich entscheiden, ob sie sich dem Arbeitsamt für die wenig aussichtsreiche Vermittlung wieder zur Verfügung stellen oder ob sie Arbeitnehmer - evtl. mit Eingliederungshilfe - der neuen Unternehmung werden, deren Gründung sie selber mit ermöglichen. Außerdem steht ihnen eine Option auf Übernahme von Gesellschaftsanteilen zu. (Es sei aber hier schon vermerkt, daß die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft für den Produktionsbereich problematisch ist.) Weil ein Teil der Mitglieder der Trainingsgruppe vermutlich vor Beginn der 2. Phase wegen Vermittlung oder aus anderen Gründen ausscheidet, sollte die Gruppenstärke am Beginn des Trainings um 25 % höher liegen als die angestrebte Sollstärke vor Beginn der zweiten Phase. Die Trainingsdauer ist mit einem Jahr sicher angemessen.

3.5.4 Die Finanzierung der eigentlichen Unternehmen sieht dann wie folgt aus:

Für das individuell aufzubringende Eigenkapital werden, soweit es nicht durch Bargeld, Sacheinlagen oder Rechte (Z.B. Patente) geleistet werden kann, Bürgen oder Patenschaften gesucht. Hier kann für die Bürgschafts- und Kreditvermittlung auch die Hilfe alternativer Finanzierungsorganisationen wie z.B. die GLS Gemeinschaftsbank eG oder die berliner Direktkreditvermittlung der Stadtwerke einsetzen. Es werden dem anlagewilligen Publikum die kreditsuchenden Projekte vorgestellt. Wenn die potentiellen Kreditgeber sich für ein Projekt begeistern können, gewähren sie diesem Projekt (mit oder ohne Sicherheit) Direktkredite. Manchmal werden später auch Kredite in Schenkungen umgewandelt.

Von den Kommunen sollten diese Art unternehmensansiedlungen genauso gefördert werden, wie konventionelle Unternehmensansiedlungen - vom Kopfgeld bis zum billigen Gewerbegrundstück. Und die Wirtschaftsminister können ihre Existenzgründungs- und Wirtschaftsförderungsprogramme so formulieren, daß sie auch bei jenen Menschen greifen, die diese -Förderung nötig haben. Die allgemeine Wirtschaftspolitik kann diese Unternehmensgründungen durch eine Niedrigzinspolitik unterstützen, denn für alle Unternehmer gilt, daß sie zu erst das Fremdkapital zu bedienen haben. Jeder Prozentpunkt mehr an Zinsen schmälert den Unternehmerlohn. Die konventionellen Banken werden ihren Entwicklungsbeitrag dann leisten, wenn sie von der Konkurrenz gekitzelt werden.



Neue Berufsqualifikationen für die Zukunft

Anmerkungen zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum

vom 29. 11. bis 1. 12. 1985

von
Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

Geehrte (liebe) Tagungsteilnehmer(innen),
ich wäre gerne die ganze Tagung unter Ihnen (Euch), um zuzuhören, Zustimmung oder Widerspruch zu artikulieren. Ich kann es nicht, weil meine Frau sich auf eine Programmiererprüfung vorbereitet und ich mich verstärkt um unsere Kinder kümmern muß.

Diese Information enthält keine private Belanglosigkeit, sondern hat mit dem Tagungsthema zu tun, weil meine Frau (wie viele andere Menschen auch.) Zeit, Geld und Energie in eine Lehrerausbildung investiert hat und trotz beider Examen keine Anstellung gefunden hat. Ihren Wunsch, sich als Hebamme von ihrer Ausbildungs-Fehl-Investition (die ja auch als persönliches Versagen erlebt wird) zu erholen, fand keine Erfüllung, weil auf 20 Ausbildungsplätze in erreichbarer Nähe 1000 Bewerberinnen kamen.

Weil man sich von der Entwicklung der Mikroelektronik Wunderdinge erhofft, stürzen sich viele Leute auf EDV-Ausbildungen. Die Befürchtung meiner Frau, ihr könne es am Ende dieser Ausbildung so ergehen wie dem Hasen beim Wettlauf mit dem Igel, ist nicht ganz unbegründet.

Wir leben also in einer Zeit, wo eine sinnvolle, individuelle Berufsplanung und eine staatlich organisierte Berufberatung nicht möglich ist. Im Abiturjahr 1975 wollte meine Frau mit der Ausbildung zu einem heiltherapeutischen Beruf beginnen. Von der Berufsberatung wurde sie und ihre Eltern solange bearbeitet, bis sie sich für das Lehrerstudium entschloß. Die Berufsberaterin hat sich damals bestimmt mit den besten Absichten engagiert..

Auch das Kinderhüten hat einen Bezug zum Tagungsthema: Die Rolle als Entwick-

lungsförderer ihrer Kinder wird den Eltern abverlangt, ohne daß die meisten für diese schwierige Aufgabe eine Ausbildung erhalten haben.³ Diese Tatsache läßt manche Berufsbildungspläne als reichlich überspannt erscheinen.

Gewarnt werden muß vor der Illusion, die Massen-Arbeitslosigkeit hätte irgendetwas mit der Berufsausbildung zu tun. (Lt. Regionalfernsehen hat der Niedersächsische Ministerpräsident Albrecht erst am Donnerstag die Hoffnung geäußert, mit dem Computerunterricht für alle Schüler einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.) Daß unter den Arbeitslosen viele sind, die keine Berufsausbildung haben, ist kein Gegenbeweis. Wenn bei gegebener Konjunkturlage alle Menschen im Erwerbsalter eine optimale Berufsausbildung hätten, wäre die Arbeitslosenzahl nicht geringer.

Mit Berufsbildungspolitik können wir keine Konjunkturpolitik machen. So sehr wir die Interdependenzen der Teilwissenschaften und Teilpolitiken beachten müssen, so wenig dürfen wir die Wirkungsmöglichkeiten und -grenzen verwischen.

In diesem Hause wurde schon viel um Antworten auf ökonomische Probleme gerungen. Hier Fortschritte zu erzielen, ist ein mühsamer Prozeß. (Siehe u.a. Loccum-Protokolle 15 / 84 „Die Zukunft der Ökonomie“).

Für die Berufsbildungspolitik bleibt aber genügend Arbeit. Es wird zwar behauptet, daß uns das Ausland um unser Berufsbildungssystem beneidet, aber gemessen am Grundgesetz, an der Idee von einer freien Gesellschaft, den Möglichkeiten und Realitäten sind wir auch nur ein Entwicklungsland.

Meine Schrift „Die Freie Berufsbildungs-Assoziation“ verstehe ich als meinen Beitrag zur inneren Entwicklungshilfe. Der Beitrag „Vom Modell Arbeiten und Lernen zum Modell Trainieren und Starten“ zielt auf die Verbesserung der Behelfsmaßnahmen für Arbeitslose.

³ Dieses wäre ja wichtig, da wir uns nach Jean Liedloff (Auf der Suche nach dem verlorenen Glück, C.H. Beck Verlag) von dem Kontinuum, dem in -zig Generationen aufgebauten, im Gefühl verankerten richtigem Wissen im Umgang mit Kindern abgekoppelt haben.

Dringlichkeitsantrag

gemäß § 8 (5) der Satzung des Bundesverbandes der G R Ü N E N

Große Untersuchung (Hearing) nach der Bundestagswahl

zur Situation der Arbeit

Die Bundesversammlung der GRÜNEN in Stuttgart-Sindelfingen (15./16. Jan. 83) beauftragt die grünen Mitglieder des zu wählenden 10. Bundestages (ersatzweise den Bundesvorstand) umgehend nach der Bundestagswahl in Verbindung mit weiteren Bundestagsfraktionen oder alleine eine große Anhörung (Hearing) von Fachleuten unterschiedlichster Ökonomieschulen durchzuführen.

Es soll damit versucht werden, neue Erkenntnisse als Basis einer neuen Politik zu Tage zu fördern.

Folgende Fragen drängen nach einer Antwort:

1. a) Wodurch wird die Arbeitslosigkeit verursacht?
b) Wie kann die Arbeitslosigkeit unter Beachtung der nachfolgenden Aspekte behoben werden?
 - ökologisch, sozial, dezentral, gewaltfrei
 - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit
 - Preisniveaustabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht
2. a) Sind die Automatisierung, Rationalisierung und die Arbeitszeitverkürzung nur deshalb Probleme, weil wir eine ungleichgewichtige Einkommens- und Vermögensverteilung haben?

b) Wenn ja: Was ist zu tun,
 - damit sich eine leistungsgerechte Einkommens- und Vermögensverteilung einstellt;
 - damit Verkürzungen der Erwerbsarbeit ohne Verarmung der arbeitenden Menschen möglich wird;
 - damit Automatisierung eine willkommene Befreiung von menschenunwürdiger Arbeit

ermöglicht und somit Zeit für Kultur, Sport und Politik gewonnen wird?

3. a) Verursachen die Rentabilitätsansprüche des Kapitals (Zinswirtschaft) einen Wachstumszwang und eine Verschwendungswirtschaft?
b) Wenn ja: Wie ist dieser Zusammenhang aufzulösen? Läßt sich der Rentabilitätsanspruch innerhalb der Marktwirtschaft auflösen?
4. Wie muß die zukünftige Bildungslandschaft (einschließlich jener der Berufsbildung) gestaltet werden,
 - damit alle Jugendlichen eine gleiche Chance zum Aufbau einer selbstbestimmten Existenz erhalten,
 - damit die Bildungseinrichtungen menschenfreundlicher werden,
 - damit unser Bildungssystem in Einklang gebracht wird mit dem Grundrechtskatalog unseres Grundgesetzes?
5. Wodurch entstehen unter den Arbeitslosen besondere Problemgruppen wie Jugendliche, Frauen, Behinderte und ältere Arbeitnehmer?

Mit der Organisation und Dokumentation wird eine geeignete (erfahrene und neutrale) Institution beauftragt, die zu diesem Zweck arbeitslose Wissenschaftler im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einstellt. Die Finanzierung erfolgt - wenn keine Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung stehen - aus Mitteln der Wahlkampfkostenrückerstattung der Bundespartei DIE GRÜNEN.

Formuliert: Tristan Abromeit

(KV Hannover-Land)

Eingereicht: Georg Otto

(KV Hildesheim)

(Abschrift TA / Mai 2003)

THESEN

ZUR EUROPA- UND DEUTSCHLAND-POLITIK

DER GRÜNEN

|

vorgelegt zur Bundesdelegiertenkonferenz am 5./4. März und zum deutschlandpolitischen Kongreß der GRÜNEN am 9./11. 5. 1984 jeweils in Karlsruhe vom Liberalsozialen Arbeitskreis D R I T T E R W E G

I. Allgemeines

1. Europa ist mehr als der Zusammenschluß westeuropäischer Staaten. Grüne Europapolitik muß blockübergreifend sein. Mit den alten Verteidigungs- und Bündniskonzeptionen wird das

nicht gehen.

2. Europa als zentralistischer Supra-Nationalstaat widerspricht dem Lebensgefühl der Europäer, den Zielen der GRÜNEN und ist kein Beitrag zur Lösung nationaler, europäischer und weltweiter ökologischer und ökonomischer Probleme.

3. Die Konvergenz (Annäherung) des realexistierenden Sozialismus im Ostblock und des Kapitalismus im Westen kann kein Baustein für ein künftiges Europa sein: Eine Addition oder Angleichung zweier Fehl-Systeme vermehrt die vorhandenen Probleme und löst sie nicht!

II. Eine neue Europapolitik muß folgendes leisten:

1. Der Anspruch jedes Menschen auf die gemeinsame ganze Erde und der Anspruch auf personale, kulturelle und geographische Identität muß modellhaft in der Region Europa für die ganze Welt gelöst werden.

2. Europa muß als ein offener und dezentral angelegter Zusammenschluß realisiert werden, als dessen Grundlage die Gegenseitigkeit als Formel der Gerechtigkeit (Pierre Proudhon) gilt.

3. Europa darf die eigenen Probleme nicht zu Lasten anderer Nationen lösen wollen und darf sich auch nicht die Probleme anderer Regionen als die eigenen aufdrängen lassen. Hilfe ist partnerschaftlich zu leisten.

4. Europa darf nicht eine Vermehrung staatlicher Institutionen und Reglementierungen mit sich bringen, sondern muß sie reduzieren. Dies ist möglich durch eine neue dezentrale Kultur- und Wirtschaftspolitik.

5. Europa muß die ökologischen Probleme lösen, die jetzt schon keine politischen Grenzen kennen. Verstöße von Mitgliedstaaten gegen eine klar definierte ökologische Charta müssen mit hohen finanziellen Geldbußen zu Gunsten der Gemeinschaft belegt werden. Das zwingt die Nationalregierungen zur Wachsamkeit in ökologischen Fragen.

III. Einzelfragen

1. Eine europäische Bildungspolitik hat nicht die verschiedenen staatlichen zentralistischen Bildungssysteme zu „harmonisieren“. Sie muß der Vielfalt der Bildungsmöglichkeiten eine Chance geben. Dazu gehört die materielle Chancengleichheit der Bildungsnachfrager und –anbieter und ein offenes Berufslaufbahn- und Niederlassungsrecht.

2. Die heutigen Sozialversicherungen sind meist auf lebenslange Zugehörigkeit zu einer Staatsgemeinschaft zugeschnitten. Die Kosten werden von einem Zwangskollektiv getragen. Ansprüche daraus sind nur begrenzt oder nicht außerhalb des staatlichen Geltungsbereiches mitnehmbar. Um Ungerechtigkeiten abzubauen, müssen künftige Sozialversicherungen die individuell unterschiedlichen Sicherungsbedürfnisse abdecken und müssen die Staaten aufhören, die Prämien, Vermögen und Leistungen, als politische Manöveriermasse zu betrachten. Die neuen Sozialversicherungen müssen ihren Beitrag zur Freizügigkeit (jeder kann dort hinziehen wo es ihm gefällt) leisten. Dies können die Sozialversicherungen nur, wenn sie auf der Basis freier autonomer Kollektive aufgebaut werden

3. Europa aus der Summe fehlerhafter nationaler Wirtschaftspolitiken aufzubauen ist eine zusätzliche Bedrohung der Europäer und ihrer Handelspartner in aller Welt, löst die Probleme

nicht, sondern verschlimmert sie.

3.1 Zölle dürfen nicht länger ein Finanzierungsinstrument staatlicher oder europäischer Haushalte sein. Sie dürfen auch nicht länger natürliche wirtschaftliche Standortvorteile neutralisieren oder den internationalen Wettbewerb behindern. Zölle sind nur dann gerechtfertigt, wenn damit Subventionen anderer Staaten neutralisiert werden können.

3.2 Jene sozialen Spannungen, die ihre Ursache im Bodenrecht romanischen Ursprungs haben, müssen durch ein soziales Bodenrecht beseitigt werden. Dies muß die Grundrente {Preis für die Nutzung des Bodenmonopols) sozialisieren. Sie soll nicht mehr den Privateigentümern des Bodens zufließen, sondern der Gemeinschaft, speziell den Kindern (Erziehungsgeld), denn von der Bevölkerungsdichte hängt der Grad der Bodenknappheit und damit die Höhe der Grundrente ab.

3.3 Wenn die Arbeitslosigkeit - neben der drohenden ökologischen Katastrophe das Hauptproblem (12 Millionen Arbeitslose in der EG) sich nicht einzelstaatlich lösen läßt, dann ist es auch nicht im Zusammenschluß von Staaten lösbar. Sie ist nur bedingt ein außenwirtschaftliches Problem und nur vordergründig durch neue Arbeits- und Produktionstechniken verursacht. Noch immer ist das Gesetz der fallenden Profirate (Kapitalrentabilität) gültig. Es veranlaßt eine zunehmende Investitionsverweigerung durch Stilllegung von Geldreserven (= Massenarbeitslosigkeit) . Auch Qualität und Quantität der Bedürfnisbefriedigung, die Einkommens- und Vermögensverteilung hängt in einer arbeitsteiligen Geld-Tausch-Wirtschaft wesentlich von der Art des verwendeten Geldes, von der Währung ab.

Ohne eine neue Geld- und Währungsordnung, die nicht mehr den Bedürfnissen des Kapitals nach Vermehrung (Wachstumszwang), sondern den Bedürfnissen der Menschen dient, sind weder die ökonomisch-sozialen, noch die ökologischen Probleme zu lösen.

3.4 Eine solche neue Geld- und Währungsordnung ist nicht durch einen europäischen Mehrheitsbeschluß einführbar. Sie muß als offenes System, das von zwei oder mehr Staaten initiiert wird, von unten wachsen. Der Beitritt nichteuropäischer Staaten muß möglich sein.

3.5 Neue ökonomische und ökologische Ordnungssysteme sind in Modellregionen auszuprobieren und zu verbessern. Das bringt mehr als fruchtlose Streitereien um das beste System. Berlin oder das Wendland wären ein Experiment um ein besseres Geld- und Bodenrecht wert.

IV. Deutschlandfrage

An einer blockauflösenden Europapolitik müssen wir besonders interessiert sein, damit sich die Deutschen in der BRD und DDR wieder nähern können. Eine militärfreie Zone könnte ein Schritt in diese Richtung sein. Die blockauflösende Entmilitarisierung Deutschlands muß ergänzt werden durch eine systemauflösende neue Sozialordnung - wie vorstehend angedeutet - als DRITTER WEG jenseits von Realsozialismus und Konzernkapitalismus, als Verbindung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit im Sinne eines LIBERALEN SOZIALISMUS. Eine Wiedervereinigung Deutschlands ist undenkbar als westlich-kapitalistisches noch als östlich-realsozialistisches (staatskapitalistisches) Deutschland.

Der Liberalsoziale Arbeitskreis Dritter Weg ist eine Strömung in der Partei DIE GRÜNEN. Er arbeitet im Sinne der Präambel der Bundessatzung und stellt seine Erkenntnisse und Anliegen im Sinne der Satzung (§ 5.3) zur Diskussion.

(Abschrift Mai 2003)

A L T E R N A T I V E N

10/83

ARBEITSLOSIGKEIT	-	sinnvolle Arbeit für alle
UMWELTZERSTÖRUNG	-	gesunde Umwelt
SOZIALABBAU	-	soziale Gerechtigkeit
RÜSTUNGSZWANG	-	pers. Freiheit in Frieden

A U S S E R G E W Ö H N L I C H E M A S S N A H M E N Z U R M E I S T E R U N G E I N E R A U S S E R G E W Ö H N L I C H G E F Ä H R L I C H E N L A G E !

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger!

Die Sozialliberalen hatten in Bonn abgewirtschaftet. Das war ja der Anlaß für die sogenannte Wende, die vor dem 6. März noch "Aufschwung" hieß.

Seit einem Jahr redet die neue Regierung vom Aufschwung. Aber: Wo bleibt er?

Zugegeben: Nach 13 Jahren Reformpolitik (mit anfänglich guten Ansätzen), die ab 1973 aufgrund einer verfehlten Wirtschaftspolitik unter die Räder einer selbst verursachten Krise geriet, kann man nicht verlangen, daß nach einem Jahr bereits wieder alles in Ordnung ist.

Aber: Sind überhaupt Ansätze einer Besserung in Sicht? Oder: Wenn die Konzepte der Wirtschaftspolitik erst mittel- oder langfristig greifen, wurden sie dem Bürger von der CDU/CSU/FDP-Regierung vorgestellt?

Fragen wir weiter: Mußte die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition nicht deshalb scheitern, weil sie in sich nicht stimmig war und weil sie sich wirtschaftspolitisch von Beginn an in der Sackgasse befand? Erinnern wir uns: Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem 2. Weltkrieg wurde eingeleitet mit einer Entscheidung für die Marktwirtschaft. Besondere Verdienste haben sich hier besonders die Professoren Erhard (Wirtschaftsminister) und Müller-Armack (Staatssekretär) erworben. Diese Verdienste hatten sie aber bereits verspielt, als die Wirtschaftskrise 1966-68 offenbarte, daß im Eifer des Wiederaufbaues vergessen wurde, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien. (Der marktwirtschaftliche Wettbewerb hat die Tendenz den Kapitalertrag zu Gunsten des Arbeitsertrages zu drücken. Der Kapitalismus kann sich bislang immer noch behaupten, weil er bei mangelnder Rendite die Investitionen und die Nachfrage blockieren kann.)

Die Macht des Kapitalismus wurde dann vorübergehend mit der Einführung der keynesianischen Fiskalpolitik (Prof. Schiller / Große Koalition) gebremst. Die Folge dieser Politik war aber schon am Beginn der sozialliberalen Koalition voraussehbar. Es entstand der neue Begriff "Stagflation", eine Wortkombination aus Stagnation und Inflation.

Muß nun nicht die Koalition aus CDU/CSU und FDP genauso scheitern wie die Vorgängerin, wenn sie nicht die Kraft hat einen neuen Ansatz in der Wirtschaftspolitik zu finden und durchzusetzen? Wir wollen nun die Verdienste von Prof. Milton Friedman, der z.Zt. die Politik mehrerer westlicher Länder beeinflusst, gar nicht herabsetzen, nur da auch er die Strukturfehler der Marktwirtschaft beibehält, kann man mit ihm auch nicht von einer Kapitalwirtschaft zu einer Arbeits- und Sozialwirtschaft gelangen.

FRIEDEN schaffen !

Aber wie ?

10/83

Die BÜRGERINITIATIVE für soziale Gerechtigkeit,
sinnvolle Arbeit für alle,
gesunde Umwelt,
Freiheit und Frieden +)

steht voll hinter dem Kampf der Friedensbewegung

gegen die Atomraketenrüstung!

Pershing II und CruiseMisseles sind erstschlagfähige Waffen! Als solche erhöht ihre Stationierung in der Bundesrepublik die Gefahr eines Atomkrieges. Auch die Möglichkeit eines vorbeugenden Atom-schlages der Sowjet-Union nimmt dadurch zu.

Im Falle eines Atomkrieges würden die Bundesrepublik und die DDR zum atomaren Schlachtfeld und unser Volk atomar verheizt.

Die wichtigste Aufgabe der Friedensbewegung ist daher im Augenblick die Verhinderung der Atomraketenrüstung, damit wir Zeit gewinnen, um weitere den Frieden sichernde Maßnahmen zu verwirklichen.

Dazu gehören der Kampf um eine atomwaffenfreie Zone,

um beiderseitigen Rüstungsabbau,

um Abbau der Militärblöcke in Ost und West.

So nötig all diese und weitere Schritte zur Friedenssicherung auch sind: Kann durch diese Schritte der Frieden wirklich dauerhaft gesichert werden? Diese Frage hat sich die Friedensbewegung bisher höchstens am Rande gestellt.

Was soll mit den Millionen von Soldaten und Rüstungsarbeitern geschehen, wenn wirklich Frieden erreicht werden könnte und es zum Abbau der Armeen und zur Stilllegung der Rüstungsfabriken kommen würde? Auf diese Frage sind die Gewerkschaften und auch DIE GRÜNEN bisher die Antwort schuldig.

Können wir uns Frieden überhaupt leisten? Wir haben überall in der westlichen, privatkapitalistischen Welt trotz Millionen von Soldaten und Rüstungsarbeitern eine zunehmende Massenarbeitslosigkeit.

Allein in Westeuropa haben wir ca. 10 Millionen und in der Bundesrepublik schon über 2 Millionen Arbeitslose. Mit Sicherheit würde es bei uns ohne Bundeswehr und Rüstungsindustrie 4 - 5 Millionen Arbeitslose geben! Das wären bald soviel Arbeitslose wie vor Hitler. Würde dann die durch allerlei "Demokratieschutzgesetze" schon angeknackte Demokratie bei uns halten?

+) vorläufige Arbeitsbezeichnung

Offensichtlich ist unsere Wirtschaft für den Frieden völlig ungeeignet. Sie scheint nur für Zerstörung und Krieg zu "funktionieren". Wir haben zwar ein Kriegsdienstverweigerungsrecht - müßten wir nicht auch ein Recht zur Verweigerung von Arbeit in der Rüstungsindustrie haben? Aber, wer riskiert schon seinen Arbeitsplatz, wenn 2 Millionen vor der Tür stehen, um ihn zu besetzen?

An den wirtschaftlichen Fakten wird auch klar, daß es um die im Grundgesetz verbürgten Grundrechte recht windig aussieht.

Müßte sich die Friedensbewegung und auch die Gewerkschaften nicht um eine Neuorientierung der Wirtschaft kümmern, um eine Wirtschaftsform, die es allen ermöglicht, sinnvoll und für friedliche Zwecke zu arbeiten?

Unsere Bürgerinitiative geht diesen Fragen nach und stellt folgende Thesen zur Debatte:

1. In der privatkapitalistischen Wirtschaft sind nicht die Lebensbedürfnisse der Menschen, sondern die Rentabilität des Kapitals oberstes Gesetz.
2. Die Friedensproduktion vermehrt das Kapital und nach dem Marktgesetz senkt dies den Kapitalertrag. (Das Kapital macht sich gegenseitig Konkurrenz, der Zins sinkt - Marx sprach vom tendenziellen Fall der Profitrate -.)
3. Bei einer Dauerkonjunktur muß logischerweise der Kapitalertrag auf Null sinken. Das wäre das Ende des Kapitalismus.
4. Eine krisenfreie Wirtschaft steht somit im Widerspruch zu den Interessen des Großkapitals. Wird die Verzinsung des Kapitals als nicht ausreichend betrachtet, folgt eine größere Kassenhaltung (auch bei den Kleinkapitalisten), die Geldflucht ins Ausland und auch geplanter Geldstreik.
5. Wer Geld einsperrt (d.h. seine Tauschfunktion unterbricht), sperrt Arbeiter aus. Aus Angst vor einer unkontrollierbaren Krise weichen dann die Parlamente und Regierungen lieber in friedens- und umweltfeindliche Konjunkturprogramme aus.
6. Der Ausweg besteht nicht in einer zentral geplanten und staatlich überwachten Verwaltungswirtschaft, sondern in einer ökologischen, dezentralen Kreislaufwirtschaft, die aufgrund eines zeitgemäßen Geldsystems ermöglicht wird.

Wer mehr über unseren Problemlösungsansatz erfahren möchte oder wer mit an der politischen Durchsetzung einer Vollbeschäftigung unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten arbeiten möchte, nehme Kontakt zu uns auf und fordere unsere Bücherliste an.

Verantwortlich
und Anschrift:

Georg Otto, 3221 Eberholzen, Telf. 05065/8132

An Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN mit der Bitte um Unterstützung des nachfolgenden Antrages durch Unterschrift. Vorlage kopieren und an andere Freunde weiterreichen.

Unterschriebene Anträge sofort zurück an Erstunterzeichner:

XX Tristan Abromeit, Gorch-Fock-Weg 3, 3057 Neustadt 1 XXX 12.4.1985

Mitglieder- Antrag

gemäß § 8(5) der Bundessatzung der GRÜNEN zur Abstimmung auf
der nächsten *Bundesversammlung*

Thema: *Arbeitslosigkeit*

Die BUNDESVERSAMMLUNG der GRÜNEN beschließt:

In Anbetracht daß die A R B E I T S L O S I G K E I T

- für die meisten Erwerbslosen ein menschenunwürdiger Zustand und für viele von Ihnen ein dauernder wirtschaftlicher und psychischer Notstand bedeutet;
- für einen Großteil der Arbeitsplatzinhaber einen erhöhten Leistungs- und Anpassungsdruck erzeugt und die Arbeitsplatzwahl einschränkt;
- für viele selbständig Berufstätige eine dauernde Existenzbedrohung ist;
- für die öffentlichen Haushalte eine steigende finanzielle Belastung bedeutet;
- für fragwürdige oder gar gefährliche Investitionen als Rechtfertigung herhalten muß, wenn damit auch jeweils nur wenige Arbeitsplätze geschaffen werden;
- von den Wählern als das Problem Nr. 1 vor der Umweltbedrohung und der Kriegsgefahr angesehen wird
- und mit dem Willen einen Beitrag zum Abbau der (aus der Sicht der Wähler vorhandenen) wirtschaftspolitischen Inkompetenz der GRÜNEN zu leisten,

trifft die Bundesversammlung folgende Entscheidung:

1. Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft erhält den Auftrag, die folgenden Aussagen der Freiwirtschaftsschule zu prüfen:

Die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule sagt, daß mit einer von ihr beschriebenen neuen Währungsverfassung die Arbeitslosigkeit ohne neue Staatsverschuldung, ohne neue Belastungen der Arbeitnehmer und ohne dirigistische Maßnahmen zu beheben ist.

Weiter wird gesagt, daß mit den freiwirtschaftlichen Vorschläger auf sanfte Art der Wachstumszwang der Wirtschaft und die Vermögenskonzentration abgebaut würde.

2. Um das Risiko einer positiven oder negativen Fehlbeurteilung zu verringern, wird eine Sonderkommission einberufen, die ausschließlich die unter 1. genannten Aussagen zu prüfen hat und parallel zur Bundeswirtschafts-AG arbeitet. Jeder Landesverband entsendet 3 Personen (die nicht Mitglied der Partei sein müssen) in die Sonderkommission. Falls mehr

als 3 Bewerber pro Landesverband für die Mitarbeit vorhanden sind, entscheiden die Landesvorstände durch Los.

Die Bundesversammlung ernennt die nachfolgende Person als Koordinator

Name:

Anschrift:

Telefon:

3. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und die Sonderkommission werden finanziell so ausgestattet, daß sie ihren Auftrag ausführen können.
4. Die Bundes AG Wirtschaft und die Kommission sollen innerhalb eines Jahres den Kreisverbänden und den Fraktionen getrennte Berichte vorlegen. Minderheitsvoten sind zur Vermeidung von KampfAbstimmungen zu ermöglichen.
5. Die Bundestagsfraktion wird gebeten, mit dem Instrument der Anfrage Klarheit darüber zu schaffen, wie die Bundesregierung das Problemlösungsangebot der Freiwirtschaftsschule beurteilt.

Der Antrag wird in der Bundesversammlung mündlich begründet.

Dieser Antrag wird von folgenden Mitgliedern gestellt bzw. unterstützt:

Name, Vorname, Anschrift	Kreisverband / Unterschrift
Abromeit, Tristan Borch-Fock-Weg 3 3057 Neustadt 7	Hannover-L Abromeit

und weitere Unterschriften

000000000000

Politische Begründung meines Mitglieder-Antrages
zum Thema

ARBEITSLOSIGKEIT

auf der Bundesversammlung der GRÜNEN
am 22. / 23. Juni 1985 in Hagen

von Tristan Abromeit

Wer politische Dummheit und Kaltherzigkeit demonstrieren will, soll meinen Antrag ablehnen.
Jene Freunde, die ernsthaft wollen, daß die Arbeitslosigkeit, genauer Erwerbslosigkeit, mit ihren Folgewirkungen abgebaut wird, sollten folgendes bedenken:

Die erste politische Zelle, die die Parteigründung der Grünen ausgelöst hat, waren 1977 Leute, die die ökonomischen Probleme genauso ernst genommen haben wie die ökologischen. Es waren Leute, die um das ungenutzte Wissen der von Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule wußten.

Aufbauarbeit, Selbstüberforderung und -überschätzung der Grünen und die Unfähigkeit eine Dringlichkeitsrangfolge der zu lösenden Probleme zu machen, auf der einen Seite - Manipulationen, Verleumdungen und Mißverständnisse auf der anderen Seite haben eine offene Ökonomiedebatte bisher verhindert.

Acht Jahre sind verstrichen, ohne daß die GRÜNEN als politische Einheit etwas zum Erwerbslosenproblem geleistet hätte.

Ja, es ist sogar zu befürchten, daß es Parteifreunde gibt, die Arbeitslose als politische Manövriermasse zur Durchsetzung fragwürdiger politischer Ziele sehen.

Daß diese Haltung ein Spiel mit dem Feuer der Diktatur ist, wird zu wenig beachtet.

Die GRÜNEN wurden als ein Problemlösungsinstrument gegründet. Es scheint heute so, als verstünden sich die Grünen als Problemproduzenten.

Der Verfall der GRÜNEN wird m. E. mit dadurch verursacht, daß zu viel Freunde glauben, ohne ökonomischen Wandel oder mit einer Ökonomie mit mangelhafter Freiheit den Frieden und die Umwelt retten zu können.

Die Frage, ob Fundamentalopposition oder Regierungsbeteiligung die richtige Strategie für die Partei ist, kann doch erst beantwortet werden, wenn klar ist, was die GRÜNen eigentlich wollen.

Die Klarheit in der politischen Zielsetzung hat im Zeitablauf seit Bestehen der GRÜNEN (und der Vorgängerorganisation Grüne Liste Umweltschutz) ab- und nicht zugenommen.

In Hamburg wurde auf der vorigen Bundesversammlung das Manifest der Kommunistischen Partei von Karl Marx verteilt. Ich habe mich darüber gefreut, weil es doch ein Zeichen dafür ist, daß noch Reste der in der Gründerzeit gewollten aktiven Toleranz bei uns vorhanden sind.

Ich erkenne aber keinen Ansatz, wie mit dem Marxismus unsere ökonomischen und ökologischen Probleme gelöst werden könnten, ohne daß andere Ziele wie Dezentralität, Gewaltlosigkeit und Freiheit negiert werden.

Gewalt gilt ja wohl immer noch als politisches Mittel zur Zielerreichung der Kommunisten, denn sonst würde das kommunistische Manifest ja wohl mit einschränkenden Kommentaren versehen.

Wenn es verschiedene Verfahren zur Einleitung von gesellschaftlichen Veränderungen gibt, dann müßten von unserem grünen Selbstverständnis her gesehen, doch die sanfteren eindeutig den Vorrang haben.

Der Problemlösungsansatz der Freiwirtschaftsschule ist eine sanfte Methode, die ökonomische Prozesse positiv verändert, nicht altes Recht bricht, sondern neues Recht schafft.

Wenn ich erkennen könnte, daß es einen besseren Problemlösungsansatz als den freiwirtschaftlichen gäbe, hätte ich den Antrag gestellt, jenen zu prüfen.

Die Untersuchung eines Problemlösungsansatzes bedeutet aber auch automatisch einen Vergleich mit anderen ökonomischen Ansätzen.

Der Ex-Bankier von Bethmann schrieb neulich, daß es keine linke oder rechte, sondern nur eine falsche oder richtige Währungspolitik gäbe. Ich denke an dieser Aussage ist was dran. Jedenfalls läßt sich eine optimale Ökonomie nicht mit beliebigen Elementen herstellen.

Es besteht bei uns in der BRD und weltweit ein erheblicher Handlungsbedarf in Bezug auf Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse. Die Ablehnung meines Antrages, der die Prüfung eines Problemlösungsangebotes und nicht die ökonomische Programmierung der Partei bedeutet, käme einer politischen Selbstkastrierung der Partei gleich. T.A.

(Abschrift: 3/ 2001, TA)

ZUM ERNST DER LAGE - Politiker-Befragung zur **Arbeitslosigkeit**

Fragen von Tristan Abromeit
an:
Helmut Lippelt, DIE GRÜNEN
Peter-Jürgen Rau, FDP
Gerhard Schröder, SPD
Josef Stock, CDU

Anmerkungen zum Vorverständnis meiner Fragen

1. theoretische Aspekte

Bei der Analyse von Ursachen der Arbeitslosigkeit sehe ich zwei Gruppen von Nebenursachen und eine Hauptursache:

Zur ersten Gruppe gehören:

- a) Verwirrung oder verfestigte Vorstellungen von dem Problem Arbeitslosigkeit und seiner Lösung.
- b) Eine häufig anzutreffende ideologische Fixierung der „Wirtschaftspolitiker“.
- c) Die nicht vorhandene Koppelung des Einkommens der Wirtschaftswissenschaftler an die Qualität ihrer Theorieproduktion.

Zur zweiten Gruppe gehören:

- a) die hohe Belastung regulärer Arbeit mit Steuern und Sozialabgaben.
- b) Schutzbestimmungen
 - ba) für besondere Arbeitnehmergruppen, z.B. Behinderte, die sich in einer unterbeschäftigten Volkswirtschaft in ihr Gegenteil verkehren,
 - bb) in Form von Kündigungsschutz, der es Unternehmen bei unsicherer Auftragslage ratsam erscheinen lassen, lieber Überstunden zu fahren als Neueinstellungen zu tätigen.
- c) bürokratische Hemmnisse bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Unternehmensgründungen, z.B. die Zwangsmitgliedschaft in einer Kammer oder der Meisterbrief als Zulassungsvoraussetzung.
- d) das Versäumnis der Tarifvertragsparteien den disponiblen Anteil am Produktivitätsfortschritt in Arbeitszeitverkürzung statt in Lohnsteigerung umzumünzen.

Das Hauptproblem:

Nach der klassischen Theorie schafft sich die Produktion selbst die Nachfrage. Eine generelle Überproduktion kann es nicht geben. Störungen in der Wirtschaft sind immer nur Teilstörungen z.B. durch nicht nachfragegerechtes Angebot. Dieses Theorem ist nach Jean Baptiste Say (1767 bis 1832) benannt.

Und in der Tat ist es so, wenn alles Einkommen wieder zur (aktiven) Nachfrage wird, kann es keine Arbeitslosigkeit (genereller Art) geben. John Maynard Keynes (1883 - 1946) stellt nun in den 30er Jahren fest, daß. die oben angeführte klassische Theorie insofern nicht stimmt, als es Situationen gibt, in denen sich die Nachfrage, die die Form von Geld hat, passiv verhält. Die Nachfrage bleibt inaktiv in den Kassen, weil aufgrund mangelnder Rentabilität des Geld-Kapitals die Vorliebe zur Liquidität stärker sei als jene zur Investition. Keynes (später auch bei uns praktizierter) Vorschlag war nun, daß der Staat mit einer neugeschöpften (durch die Druckerpresse, nicht in der Produktion entstandenen) staatlichen Nachfrage die brachliegende private Nachfrage der Unternehmen und Konsumenten ersetzen müßte. Die nicht vermeidbaren Nebenwirkungen aber sind: Expansion der Staatstätigkeit, Staatsverschuldung mit der Wirkung, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, Inflation mit ihren Umverteilungseffekten und Verzerrungen wirtschaftlicher Werte und eine irrationale Führung der Staatshaushalte.

Bereits vor Keynes kam Silvio Gesell (1862 bis 1930) u.a. zur gleichen Ursachenanalyse. Gesell hat aber eine andere Therapie entwickelt, die in sich logischer ist und nicht mit anderen ökonomischen Zielen kollidiert. Keynes kannte Gesells Lösungsmodell, hatte aber vermutlich den Ehrgeiz, ein eigenes Modell anbieten zu können. Gesells Modell hat nur für den Kapitalrentner (Kapitalisten) eine negative Nebenwirkung in der Form, daß der Kapitalertrag gegen Null sinken kann. Für die Arbeit (Arbeitnehmer und Unternehmer) hat diese Beschäftigungspolitik nur positive Nebenwirkungen: a) nicht mehr die Rentabilität bestimmt, ob ein Produkt oder eine Dienstleistung lohnend ist, sondern die Wirtschaftlichkeit, die leichter zu erreichen ist, b) ohne Umverteilungspolitik steigt das Arbeitseinkommen zu Lasten des Kapitaleinkommens mit der Folgewirkung einer anderen Vermögensverteilung, c) die Staatstätigkeit und die Steuern können reduziert werden.

Damit das Einkommen zur Nachfrage wird und Vollbeschäftigung ermöglicht, muß das Geld umlaufen. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (besser: der Ausnutzungsgrad. des Geldes) muß sein Optimum erreichen und in diesem konstant gehalten werden.

Die Notenbanken sind heute bei ihrem Bemühen, dieses zu erreichen, ziemlich hilflos. Ihnen stehen nur zwei negative Instrumente zur Verfügung: a) die leichte Inflationierung der Währung (Geld das sich entwertet, gibt man weiter.), die aber in Kombination mit Dirigismus zur Stagflation wird und b) die Zinspolitik, diese funktioniert aber auch nicht, weil die Notenbanken als Umlaufanreiz des Geldes für ein hohes Zinsniveau sorgen müßten, was aber mit dem Interesse der Unternehmen an einem niedrigen Zins kollidiert.

Gesells einfacher aber genialer Vorschlag ist nun, daß wir uns bewußt werden, daß das Geld eine öffentliche Einrichtung ist, die die Arbeitsteilung erst ermöglicht. Über diese öffentliche Einrichtung darf der jeweilige Nutzer genausowenig beliebig verfügen wie z. B. . über die öffentlichen Verkehrsmittel oder das Telefon. Damit das Geld auch wirklich seine Tauschfunktion wahrnimmt, muß derjenige, der es zurückhält, eine Art Standgebühr bezahlen, so wie der Empfänger eines Eisenbahnwaggons, der diesen nicht nach Ankunft entlädt.

Dieses Modell ist -zigmal gedanklich auf die Richtigkeit überprüft worden und ich kenne keinen Kritiker der sachlich haltbare Einwände vorgetragen hat. Es wurde im Modell in der Arbeitslosigkeit der 30er Jahren erfolgreich an verschiedenen Orten getestet. In Österreich wurde es in Wörgl getestet, getragen von der gesamten Kommunalvertretung unter Führung des sozialdemokratischen Bürgermeister.

2. politische Aspekte

Ende 1977 habe ich den Themenkomplex in einem ca. 70-seitigem Arbeitspapier unter dem Titel „Arbeitslosigkeit, Ursachen - Wirkungen - Lösungen -“, aufgearbeitet. Ich war damals FDP-Mitglied. Die Landesgeschäftsstelle wollte diese Arbeit drucken, damit sie diskutiert werden konnte. Der Druck wurde aus der FDP heraus torpediert. Ich habe damals mit Peter Jürgen Rau u.a. im Landesfachausschuß Wirtschaftspolitik der FDP gearbeitet. Am 16.2. 1978 habe ich mit einem 20- seitigem „Plädoyer für die Diskussion der theoretischen Grundlagen der Wirtschaftspolitik in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“ für die Veröffentlichung meines Skriptes zur Arbeitslosigkeit geworben. Der LFA hat sich unter Führung von J-P. Rau dagegen entschieden.

Mit Helmut Lippelt u.a. bin ich Gründungsmitglied der GRÜNEN. Das Thema Arbeitslosigkeit habe ich von Anfang an versucht, in DIE GRÜNEN einzubringen z. B. mit meinem Dringlichkeitsantrag an die Bundesdelegiertenkonferenz im Jan. 83 in Sindelfingen und einen Mitglieder-Antrag zur BDK im Juni 1985 in Hagen. Die Anträge waren bescheiden. Es wurden keine politischen Programme gefordert, sondern nur Untersuchungen von Lösungsangeboten. Auf den grünen Bundesversammlungen ist immer Zeit für allgemeines politisches Palaver. Es war aber keine Zeit für diese Anträge.

Das Thema Arbeitslosigkeit wurde bisher immer nur in Nebensätzen abgehandelt. Es soll nun den Mitgliedern ein „Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“ vorgelegt werden. Dieses Programm kenne ich noch nicht und kann es folglich auch noch nicht bewerten. Feststellen kann ich nur, daß den grünen Mitgliedern nicht offiziell (d.h. zu Lasten der Parteikasse) Alternativprogramme vorgestellt werden können, obwohl dies die Bundessatzung vorsieht.

Helmut Lippelt wird von der HAZ als der intelligenteste Grüne eingestuft. Ich kann nicht beweisen, daß Helmut seine Intelligenz bisher zur Verhinderung einer offenen Ökonomiediskussion innerhalb der GRÜNEN eingesetzt hat, ich konnte aber bisher auch nicht feststellen, daß er sie für eine offene Ökonomiediskussion als Voraussetzung der Lösung unserer Ökonomieprobleme eingesetzt hat.

Die von Gesell gemachten Lösungsvorschläge zur Arbeitslosigkeit und anderer ökonomischer Probleme wurden und werden unter Begriffen wie Freiwirtschaftsschule oder Natürliche Wirtschaftsordnung abgehandelt und publiziert. Spätestens seit dem ersten Weltkrieg wurden von Gesell und seinen Mitarbeitern für die politische Umsetzung dieser Erkenntnisse als Hauptadressat die Sozialdemokraten gesehen. Die SPD war aber in der Weimarer Zeit noch marxistisch orientiert. Sie hat sich mit Manipulationen und Ausschlüssen gegen das Aufkommen neuer Problemlösungsmodelle gewehrt, besonders als die Arbeitslosigkeit am höchsten war und der Nationalsozialismus an Boden gewann. Diese Abwehrhaltung ist im Nachkriegsdeutschland dokumentiert und besteht bis heute, wenn auch nicht in so starrer Form. Nach dem 1. Weltkrieg war die SPD gläubig marxistisch, nach dem 2. Weltkrieg war sie gläubig keynesianistisch und ist sie heute mehr als konfus? Der Mißerfolg war jedesmal voraussehbar. Ich sehe noch die leuchtenden Augen in der Akademie für Wirtschaft und Politik vor mir als, Karl Schiller in Bonn Wirtschaftsminister wurde. Diese Hoffnungen und Erwartungen. Etwa zur gleichen Zeit hatte man in der Akademie nicht anderes im Sinn als das langjährige SPD-Mitglied Karl Walker, ohne Hochschule vom Facharbeiter zum Privatgelehrten geworden, anlässlich der Demonstration seines Planspieles „abzuschießen“. Warum? Er war kein Keynesianer, sondern ein Gesellianer. Dabei ist sein erstes Buch, das er als Arbeitsloser in den dreißiger Jahren geschrieben hat, heute noch ergiebiger als manche aktuelle Professorenarbeit.

Steht die CDU besser da? Nein, keineswegs. Erstens ist sie genauso wenig offen und undog-

matisch wie die anderen Parteien, zweitens vernebelt sie die Gehirne der Bundesbürger dadurch, daß sie immer von Marktwirtschaft redet, wenn sie Kapitalismus meint, und drittens hat sie den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ mißbraucht und deformiert.

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft war eine Nachkriegsgründung von Vertretern der Freiwirtschaftsschule, in der es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Ordo-Liberalen kam, bis sie von den kapitalistisch orientierten CDU-Kräften aus ihrer eigenen Institution ausgebootet wurden. Soziale Marktwirtschaft meinte ursprünglich eine vom Kapitalismus und Krisen befreite Marktwirtschaft.

Ist die CDU heute für unkonventionelle Problemlösungsansätze zugänglicher? Nach meinen persönlichen Erfahrungen (die nicht so umfangreich sind wie mit anderen Parteien) muß ich dieses verneinen. Zuletzt habe ich den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Niedersächsischen Landtag, Walter Remmers, auf dem Kirchentag in Düsseldorf versucht zu überzeugen, daß es notwendig ist, das freiwirtschaftliche Lösungsangebot zu prüfen. Ich konnte keinen Erfolg feststellen.

Wenn irgendwo 1.000,- DM gestohlen werden, dann wird ein großer kriminalistischer und juristischer Apparat zur Aufklärung in Gang gesetzt. Auch wenn die Verfolgung und der Vollzug mehr als 100.000 DM Kosten verursacht. Wenn durch Blindheit oder Bosheit in der Politik Schäden in Höhe von –zig Milliarden verursacht werden, wenn Millionen von Menschen in ihrem Lebensglück beeinträchtigt sind oder anderen Orts gar verhungern müssen, dann erhalten diejenigen, die das zu vertreten haben, Orden dafür.

-oooooooooooooooooooo-

Zum Ernst der Lage Politiker-Befragung zur Arbeitslosigkeit, Hannover 13. März 1986

Fragen von Tristan Abromeit
(siehe auch Anmerkungen zum Vorverständnis dieser Fragen)
an:

Helmut Lippelt, Ex-MdL, Mitglied des Landesvorstandes der Grünen,
dem Ambitionen auf ein Bundestagsmandat nachgesagt werden
Peter-Jürgen Rau, MdL, FDP, wirtschaftspolitischr .Sprecher der Landtags-Fraktion

Gerhard. Schröder, MdB,SPD, der Ministerpräsident in Niedersachsen werden möchte,

Josef Stock, MdL, CDU, wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtags-Fraktion

1. Frage: Ist es auch Ihre Auffassung, daß Arbeitslosigkeit nicht nur eine Bedrohung individueller Existenzen (Arbeitslose, Arbeitnehmer und auch Selbständiger), und eine Bedrohung des Bürgerfriedens, sondern darüber hinaus, eine Gefahr für unsere Demokratie ist? (Ich denke dabei auch an den gleichen Kurvenverlauf der Stimmabgaben für Hitler wie den der Arbeitslosenzahlen in den 30er Jahren.)

- 2. Frage: Stimmen Sie mit mir überein,, daß die Arbeitslosigkeit von Menschen
- seinen Werken und nicht von einem Gott oder irgendwelchen finsternen geheimen Mäch-

ten verursacht wird?

3. Frage: Stimmen Sie mit mir darüber ein, daß einem Lösungsmodell für das Problem Arbeitslosigkeit der Vorzug zu geben wäre, das a) schnell greift, b) keine neue Staatsverschuldung erfordert, c) nicht mit ökologischen Zielsetzungen kollidiert, d) nicht die Armen ärmer macht und e) auch nicht unsere Freiheitsansprüche ignoriert?
4. Stimmen Sie mit mir überein, wenn ich sage: Eine politische. Partei, die bewußt. das Arbeitslosenproblem vernachlässigt, Arbeitslosigkeit als Hebel für andere. politische Ziele einsetzt oder gar die Lösung des Problems aktiv verhindert, ist verbrecherisch zu nennen!
5. Das. freiwirtschaftliche. Lösungsmodell beansprucht für sich die Kriterien, die in der 3.Frage angeführt werden, zu erfüllen.
Sind Sie bereit, sich dafür nachhaltig stark zu. machen, daß dieses Modell auf, seine Brauchbarkeit hin untersucht wird?
 - Durch Forschungsaufträge des Bundesforschungsministers.
 - Durch Forschungsaufträge des Nieders. Wissenschaftsministers.
 - Durch Fach-Tagungen von Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung?
 - Durch andere geeignete Maßnahmen.
6. Da wir es in unserer Demokratie schon so weit gebracht haben, daß ein Politikerwort nicht mehr viel gilt:
Sind Sie bereit, als eine Art Konventionalstrafe in Höhe von DM 5000,-
(i..W.Fünftausend;) an eine Arbeitsloseninitiative (die sich ihrerseits mit dem Modell aktiv auseinandergesetzt hat) zu. zahlen, wenn Sie Ihr Wahlversprechen nicht innerhalb eines Jahres nachprüfbar eingelöst, haben?

Antworten:

Helmut Lippelt, DIE GRÜNEN	Peter-Jürgen Rau, FDP
Frage 1) Ja/Nein 2) Ja/Nein 3) Ja/Nein 4) Ja/Nein 5) Ja/Nein 5a) Ja/Nein 5b) Ja/Nein 5c) Ja/Nein 5d) Ja/Nein 6) Ja/Nein	Frage 1) Ja/Nein 2) Ja/Nein 3) Ja/Nein 4) Ja/Nein 5) Ja/Nein 5a) Ja/Nein 5b) Ja/Nein 5c) Ja/Nein 5d) Ja/Nein 6) Ja/Nein
Gerhard Schröder, SPD	Josef Stock, CDU
Frage 1) Ja/Nein 2) Ja/Nein 3) Ja/Nein 4) Ja/Nein 5) Ja/Nein 5a) Ja/Nein 5b) Ja/Nein 5c) Ja/Nein 5d) Ja/Nein 6) Ja/Nein	Frage 1) Ja/Nein 2) Ja/Nein 3) Ja/Nein 4) Ja/Nein 5) Ja/Nein 5a) Ja/Nein 5b) Ja/Nein 5c) Ja/Nein 5d) Ja/Nein 6) Ja/Nein

Nachtrag vom März 2001: Es wäre natürlich interessant zu wissen, wie die vier angesprochenen Mandatsträger bzw. Inhaber von Parteiämtern damals (und auch heute) die Fragen für sich beantwortet haben oder heute beantworten würden. In einer öffentlichen Veranstaltung ist für ein solchen umfangreichen Fragenkatalog natürlich keine Zeit. Gedacht war das Info mit den Fragen auch für die Zeit danach. Es fehlen im politischen Journalismus Leute, die aus Einsicht die richtigen Fragen an Orten stellen können, wo Politiker nicht ausweichen können.

P E T I T I O N an den DEUTSCHEN BUNDESTAG

Gegenstand: Prüfung einer alternativen Ökonomie

UNTERSCHRITEN-SAMMLUNG

Verfahrenshinweise:

- In Ruhe sofort oder später, hier oder an einem anderen Ort lesen.
- Wenn Du das Anliegen befürwortest, trage umseitig Deine Anschrift ein und leiste Deine Unterschrift.
- Gebe während des Evangelischen Kirchentages (16.- 21. 6.87) bis zum Samstag abend Deine Erklärung am Stand 5 C 38, Halle 5/1. OG. auf dem Markt der Möglichkeiten ab. Dort kannst auch weitere Informationen erhalten.
- Ab 21. Juni 87 ist die Rücklaufadresse für die Unterschriftensammlung zu der umseitig abgedruckten Petition: Helmut Creutz, Monheimsallee 99, 5100 Aachen. Hier erhältet Ihr gegen Einsendung von DM 5,- in Briefmarken oder Form eines Verrechnungsschecks weitere Informationen.
- Fordere weitere Exemplare bei der obigen Anschrift an oder kopiere dieses Blatt einfach (vergesse nicht die Rückseite) und gebe die Blätter weiter an andere Bürger von denen Du annimmst, daß ihr Herz für die Nöte der Menschen offen und ihr Verstand mit Verantwortlichkeit gepaart ist.

Zum Anliegen der Petition:

Liebe Leserin, lieber Leser dieser Zeilen!

Ist es Dir nicht auch schon mal sauer aufgestoßen, daß Politiker und Wissenschaftler zwar immer wieder für militärische und technische Projekte (wie z.B. Mondlandung) sowohl die finanziellen Mittel wie auch die wissenschaftliche Kapazität zur Erforschung und Realisierung dieser Projekte bereitstellen aber die nachfolgend angeführten sozialökonomischen Forderungen in den Bereich der Phantasterei verweisen, obwohl deren Realisierung für die Menschen viel segensreicher wären?

+ Sinnvolle ARBEIT in FREIHEIT für alle!

+ ÜBERWINDUNG der ARMUT und des H U N G E R S

+ ABBAU der ökonomischen URSACHEN von KRIEG und RAUBBAU an der NATUR

Außerhalb und z.T. im Widerspruch zur offiziellen Wissenschaft und Politik hat sich die von Silvio Gesell begründete und von anderen unabhängigen Köpfen weiterentwickelte Freiwirtschaftschule gehalten. Die Menschen, die sich meistens verbunden mit persönlichen Opfern um die Inhalte dieser Schule bemüht und sie vor dem Vergessenwerden bewahrt haben, behaupten nun, daß mit den Erkenntnissen dieser Schule die oben angeführten Forderungen kein utopischer Traum bleiben muß.

Es kann ja sein, daß Anmaßung oder Selbstüberschätzung dieser Menschen - zu denen ich mich zähle - sie zu ihren Behauptungen verführt. Aber kannst Du, der Du Dich doch für Deine

Mitmenschen und Deine Umwelt verantwortlich fühlst, die Frage ungeprüft lassen, ob hier nicht von Außenseitern Hilfe angeboten wird, die wir uns gesamtgesellschaftlich gesehen, nicht erlauben können abzuweisen? So wie Du persönlich aufgerufen bist, die hier angedeuteten Lösungsansätze für sozialökonomische Probleme zu prüfen (nicht zu glauben), so wäre es die Pflicht unserer Parlamentarier in Bonn - als letztverantwortliche Instanz - ihrer Pflicht nachzukommen. Sie daran zu erinnern, dazu soll diese Petition dienen. Hilfst Du mir bei diesem Anliegen? Bedenke: Die Qualität eines Anliegens muß mit der Quantität ihrer Befürworter verbinden, um sich in der uns umgebenden Informationsflut Gehör zu verschaffen.

Im Juni 1987
Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

GRUNDGESETZ: Artikel 17, (Petitionsrecht)

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

PETITION an den DEUTSCHEN BUNDESTAG

Juni 1987

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages!

- Die hohe Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem mit ihren individuellen Folgen für Erwerbslose, Arbeitsplatzinhaber und auch für selbständige Existenzen ist für die Bundesrepublik, wie für viele andere Länder eine täglich diskutierte Tatsache.
- Die zunehmende Verschuldung der Dritten Welt, unseres Staates, der Unternehmen und der privaten Haushalte einerseits und die sich steigende Konzentration des Reichtums in wenigen Händen mit seiner Bedrohung des Bürger- und Völkerfriedens andererseits ist ebenfalls - wenigstens für aufmerksame Beobachter - eine nicht wegzudeutende Tatsache.
- Die ökonomische Benachteiligung der Frau, besonders in ihrer Rolle als Mutter, die für ihre gesellschaftliche Leistung des Gebärens und Aufziehens ihrer Kinder eine nur unzureichende Gegenleistung erhält (oft Ursache für Abtreibungen), ist auch bekannt.
- Die mangelnde Durchsetzbarkeit von ökologischen Investitionen, die zu häufig daran scheitern, daß sie keinen oder einen zu geringen Ertrag für das Kapital abwerfen, ist ein Faktum vor dem umweltbewußte Unternehmer und Politiker resignierend kapitulieren.
- Die mangelnde finanzielle Ausstattung von Aktionen der Nächstenliebe, der kulturellen, sozialen oder wirtschaftlichen Selbstverwirklichung ist ebenfalls eine allgemeine Alltagserfahrung.

Die oben angeführten Fakten dürften Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Bürgervertreter im Bundesparlament, mehr oder weniger - wenn auch nicht immer aus eigener Anschauung - vertraut sein. Wir verkennen nicht, daß sie als Mitglieder des Bundestages sich bemühen die angeführten Probleme zu lösen oder zu mildern. Doch ist der Eindruck, daß Sie dabei mehr gegeneinander oder fraktionsdiszipliniert einseitig wirken nicht nur Einbildung. Wir verkennen

auch nicht, daß es nicht leicht ist, die unterschiedlichen Partei- und Gruppeninteressen machtpolitisch auszubalancieren. Auch dürfte es bei den unterschiedlichen bis gegensätzlichen Expertenmeinungen nicht leicht sein, die richtige Wahl der Instrumente zu treffen.

Trotz allem Verständnis für Ihre Situation bleibt bei uns ein Unbehagen über die mangelnde Gründlichkeit, bei ihren Versuchen die sozialökonomischen Probleme zu lösen.

Wir wurden informiert, daß der Deutsche Bundestag die als wesentlich bezeichneten Analysen und Lösungsvorschläge der von Silvio Gesell (1862 - 1930) begründeten Freiwirtschaftsschule und in ihrer Nähe angesiedelter Forscher nicht einmal zur Kenntnis genommen hat, wobei er doch wie ein Kriminalist jede Spur zur Lösung des „Falles“ zu prüfen hätte. Wir Unterzeichner dieser Petition können oder wollen die Brauchbarkeit der freiwirtschaftlichen Aussagen zu den angeführten Problemen weder bestätigen noch widerlegen.

Wir machen aber von unserem Recht gemäß Art.17 des Grundgesetzes Gebrauch und fordern den Bundestages ohne Rücksicht auf Parteipolitik und ideologische Bindungen die freiwirtschaftswirtschaftlichen Aussagen zu den politischen Problemfeldern unverzüglich und in geeigneter Weise zu prüfen (z.B. durch Anhörungen und Forschungsaufträge).

Wir bekunden unsere Erwartung und Forderung
durch unsere nebenstehende An und Unterschrift.

(Abschrift TA Mai 2003)

(Mit der Petition wurde ein hundert Seiten umfassendes Hintergrundpapier eingereicht. Die Petition wurde - wie auch in anderen gleichgelagerten Fällen - mit fadenscheinigen Argumenten abgewimmelt. 2/2001 TA)